Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Integration,
Frauen und Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

30. Sitzung
20. Februar 2025

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.23 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen zum Highlight des Tages, zu

Redaktion: Dr. Nina Burkhardt, Tel. 2325-1456 bzw. quer 99407-1456

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0070 IntGleich
LSBTIQ* und Obdachlosigkeit. Situation in Berlin, Handlungsstrategien und Präventionsansätze
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0077 IntGleich
Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit von LSBTIQ*:
Niedrigschwellige Angebote bei Obdachlosigkeit, Unterstützung und Beratung, spezielle Präventionsangebote vor Wohnungslosigkeit.
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0181 IntGleich
10.000 LSBTIQ* wohnungs- und obdachlos in Berlin: Vorstellung der aktuellen Studienergebnisse. Was tut der Senat?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt darf ich auch Herrn Müller von SenASGIVA herzlich begrüßen, Referat IV B. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen sind dort zugeordnet. Er wird auch für Fragen zur Verfügung stehen. So weit die Vorrede.

Dann zu den Anzuhörenden: Ich begrüße Sie noch mal ganz herzlich formvollendet in alphabetischer Reihenfolge. Tomi Blum, Sie werden uns heute aus der Betroffenenperspektive berichten. Stefan Reuyß ist Partner beim Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer – SoWiTra – und Mitverfasser der Studie „Wohnungs- und Obdachlosigkeit von LSBTIQ+-Personen im Land Berlin“, Anjes Sanogo ist Teamleiterin im Projekt Housing First Queer bei der Schwulenberatung Berlin gGmbH, und Kathrin Schultz ist Leiterin der QUEERHOME* Wohnraumberatung für LSBTIQ+ und eines Projekts im Sonntags-Club e. V. Nochmals herzlich willkommen und danke, dass Sie sich die Zeit nehmen und uns hier als Experten Rede und Antwort stehen!

Ich nehme an, Sie wollen alle ein Wortprotokoll? – Es wird genickt. Dann verfahren wir so. Dann darf ich fragen, wer die Begründung des Besprechungsbedarfs unter TOP 3 a machen möchte? – Es wird noch geschaut. Keiner meldet sich. – Herr Walter, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich würde mal anfangen und vermute, dass meine Kolleginnen ergänzen werden. Ich freue mich sehr über die Anhörung heute und dass wir das Thema hier im Ausschuss setzen können. Ich habe mich bei der Vorbereitung noch mal zurückerinnert, wann eigentlich die politischen Diskussionen zur Frage queere Menschen und Wohnungs-

und Obdachlosigkeit angefangen haben. Ich erinnere mich da schon ganz lange zurück, es ist mindestens schon zehn Jahre her, und ehrlicherweise war damals die Diskussion von vielen Fragezeichen begleitet. Unter anderem gab es Studien aus den angelsächsischen Ländern zu Wohnungs- und Obdachlosigkeit, und darin gab es beispielsweise Hinweise, dass unter den Jugendlichen, die wohnungs- und obdachlos sind, besonders viele queere Jugendliche sind, und das waren erste Punkte, an denen wir ins Überlegen kamen. Aber das war im politischen Bewusstsein noch nicht so stark verankert und so klar, dass man das konsequent und auch maßnahmengesteuert angeht.

Wir haben viel gehört, auch von Trägern und auch von Personen, die hier sitzen, die uns in den letzten fünf bis sieben Jahren Hinweise zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit von queeren Menschen gegeben haben. Viel von diesem Erfahrungswissen ist für die Politik auch noch mal generiert worden bei der Frage der Unterbringung von Geflüchteten, auch wenn ich das nicht miteinander vermengen will, aber da sind viele Bedarfe deutlich geworden und Dinge diskutiert worden, die wir sicherlich heute auch noch mal aufrufen werden, beispielsweise die Frage eigener Einrichtungen, eigener Schutzstrukturen und Schutzkonzepte. Das waren Dinge, die damals vermehrt aufgekommen sind und bis heute in dieser ganzen Frage relevant sind.

Es gibt mittlerweile, und das freut mich sehr, wirklich etablierte Träger, sie sitzen heute auch hier, sowohl das Projekt Housing First, ganz klar, als auch QUEERHOME*, die entwickelt wurden. Wir wissen aber auch: Es gibt spezifische Einrichtungen, wie die Einrichtung für queere Geflüchtete, aber auch ASOG-Unterkünfte, die jetzt entstanden oder am Entstehen sind. Es ist also viel passiert, und jetzt insbesondere noch die Studie, von der ich mich sehr freue, dass sie beauftragt worden ist, worin es noch mal neue, jetzt auch wissenschaftlich generierte Ergebnisse gibt. Ich glaube, damit sind wir auf einem relativ guten Stand, um weiter schauen zu können: Welche politischen Bedarfe gibt es eigentlich hier in dieser Stadt, um die jetzt auf dem Tisch liegenden offenen Fragen und auch Bedarfe anzugehen? – Ich hoffe, dass wir sie heute diskutieren, aber auch konkret fragen können, wie das dann auch politisch gepusht, unterstützt und auch umgesetzt werden kann. Deswegen freue ich mich, wenn wir zum einen Sie hören, aber auch vom Senat noch mal erfahren, im Rahmen der IGSV sind ja eine ganze Reihe von Projekte verankert, aber generiert aus Ihrem Erfahrungswissen und den Ergebnissen der Studien, welche konkreten Handlungsbedarfe es hier eigentlich gibt zur Unterstützung von queeren wohnungs- und obdachlosen Menschen, was konkret der Senat tut und was wir insgesamt machen müssen. Insofern freue ich mich sehr auf Ihre Inputs, aber auch auf die gemeinsame Diskussion und Aussprache.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Zu 3 a möchte auch Herr Dr. Lederer begründen.

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Jawohl, nur kurz ergänzen, denn die positiven Seiten der Entwicklung der letzten Monate hat der Kollege gerade schon vorgetragen, und da kann ich mich nur anschließen. Ich freue mich, dass wir dazu heute noch mal mehr hören. Mir wäre es schon wichtig, auch noch mal in den Gesamtkontext der Wohnungslosenhilfe zu schauen. Wir haben einen entsprechenden Brandbrief der Sozialstadträtinnen und -stadträte in den Bezirken gehabt, die gesagt haben: Es ist alles am Limit. – Ich habe auch den Artikel aus der Berliner Morgenpost vom 21. Januar 2025, wo sie gesagt haben: Wir sind am Limit. Wir kriegen eigentlich die regulären Bedarfe überhaupt nicht mehr vernünftig gehandelt. – Wie will ich besondere Sensibilitäten an den Tag legen, wenn schon die Grundlage, auf der es ist, extrem

prekär ist? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen und auch zu den Perspektiven angesichts der Eckdaten. – Vielleicht kann der Kollege von AfD mal aufhören, hier die ganze Zeit zu brummeln. Das nervt. Das kann er draußen machen, muss er nicht im Ausschuss machen.

Das interessiert mich schon, und natürlich stelle ich mir auch die Frage angesichts dessen, was wir vorhin in der Aktuellen Viertelstunde bei den Fragen gehört haben: Wie belastbar ist denn die IGSV tatsächlich noch? –, denn zumindest die Bildungsverwaltung hat uns ja heute erklärt, dass sie alle Verabredungen in der IGSV im Grunde für belanglos und überflüssig hält und sich daran nicht gebunden sieht. Insofern ist natürlich auch die Frage: Wie wird die mittel- und langfristige Perspektive sein? Kann man angesichts des Haushaltseckwertebeschlusses vom Dienstag dazu schon ein paar Aussagen treffen? – Ich glaube, das brennt angesichts der akuten Entwicklungen allen auf den Nägeln.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Walter und Herr Dr. Lederer, darf ich davon ausgehen, dass Sie zu 3 a und 3 c begründet haben, oder möchten Sie zu 3 c noch mal begründen? Ich hatte vorhin explizit zu 3 a gefragt. – Ich danke! Dann haben wir das geklärt. – Wem darf ich das Wort für die Begründung zu 3 b geben? – Frau Neumann, bitte, für die Koalition!

Wiebke Neumann (SPD): Vielen Dank! – Wir sprechen heute über die besondere Situation von queeren Menschen im Kontext von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit. Es ist wichtig, dass wir dieses Thema hier einmal auf die Tagesordnung nehmen. Berlin beschäftigt sich ja schon sehr lange und umfangreich mit dem Thema Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit insgesamt. Da gibt es wirklich viele positive Beispiele, wo Berlin Vorreiterin ist: im Regelsystem bei niedrigschwelligen Angeboten, Kälte- und Hitzehilfe, 24/7, aber auch Ansätze wie Housing First. Gleichzeitig müssen wir an vielen Stellen feststellen, dass der Bedarf höher ist als das Angebot, das wir momentan zur Verfügung haben, und dass es einfach auch Leerstellen gibt, die zu wenig betrachtet wurden. Dazu gehören queere Menschen in diesen prekären Lebenssituationen. Wir kennen auch miteinander, und haben das dank der Studie noch mal schwarz auf weiß, die besonderen Herausforderungen für queere Menschen, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind: Diskriminierungserfahrungen, Ausgrenzungen, Queerfeindlichkeit; dass es überhaupt zu solchen Situationen kommt, aber auch innerhalb der Angebote. Auch hier, Herr Walter hat es schon angesprochen, hat Berlin eine Vorreiterrolle gehabt und hat so großartige Projekte wie QUEERHOME* und Housing First Queer mitgeschaffen. Ich bin sehr froh, dass wir auch noch mal direkt von den Projekten hören, was die Projekte ausmacht, aber wir sind auch hier, um über Hürden und Schwierigkeiten zu sprechen. Darum soll es schon auch gehen, denn wir wissen natürlich auch, dass das nur ein Ansatz ist und nicht ausreichen wird.

Ich bin auch sehr froh, dass wir diese Studie haben, die in Auftrag gegeben wurde, weil das einfach noch mal eine Leerstelle beleuchtet. Es gibt ja bisher sonst kaum Erkenntnisse. Es ist sowieso schon schwierig, Erkenntnisse gerade zu wohnungs- und obdachlosen Menschen zu erhalten. Das wissen wir auch aus den anderen Bereichen. Ich erinnere nur an die Nacht der Solidarität und den Versuch, für Berlin belastbare Zahlen generell zu obdachlosen Menschen herzustellen, und wie schwierig das war. Deswegen ist es gut, dass wir mit der Studie noch mal eine wichtige Ergänzung haben, aus der wir sicherlich sehr viel lernen können. Ich hoffe auch, dass wir daraus viele Ansatzpunkte mitnehmen für die bestehenden Angebote, die sich aktuell nicht besonders an queere Menschen richten, aber die da durchaus noch sensibler sein

oder ihr Angebot anpassen können, damit es gerade für queere Menschen noch besser nutzbar ist. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Bevor wir in die Anhörung einsteigen, möchte ich noch der Senatsverwaltung beziehungsweise der Senatorin für eine einleitende Stellungnahme das Wort geben. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Gerne möchte ich vorab ein Statement abgeben. Natürlich interessieren mich auch die Einschätzungen der Expertinnen und Experten zu Wohnungslosigkeit im Allgemeinen, aber auch im Speziellen. Die Wohnungslosigkeit von LSBTIQ-Personen ist eine Herausforderung auch für das Land Berlin. Das will ich ganz deutlich sagen. Uns war auch schon im Vorfeld dieser Studie klar, dass insbesondere die LSBTIQ+-Gruppe eine besonders betroffene Gruppe ist. Allerdings gab es bis dato – im Dezember letzten Jahres wurde die Studie ja veröffentlicht – keine Datengrundlage dazu. Genau aus diesem Grund, um die Erkenntnislücken zu schließen, was wichtig ist für unsere Arbeit, haben wir im September 2023 diese Studie in Auftrag gegeben, weil wir Klarheit darüber gewinnen wollten: Wie ist eigentlich die aktuelle Lage in unserer Stadt? Welche Ansätze brauchen wir, um Obdachlosigkeit zu verhindern oder zu beseitigen, insbesondere für queere Personen? Wie machen wir es möglich, dass queere Personen auch schnell Hilfe bekommen, und wie muss diese Hilfe ausgestaltet sein?

Die Studienergebnisse, die dazu von Max Landero im Dezember vorgestellt wurden, sollen helfen, hier voranzukommen, und als Teil einer gesamtstädtischen Strategie konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur bestmöglichen bedarfsorientierten Unterstützung von LSBTIQ+-Personen im Falle von Wohnungs- und Obdachlosigkeit dann auch umzusetzen. Es ist nicht so, dass es aktuell überhaupt keine Angebote gibt; dazu werde ich später noch mal berichten. Aber uns ist sehr wohl bewusst, dass wir hier noch einiges tun müssen, um gerade dieser vulnerablen Gruppe auch Schutz und Unterstützung zu bieten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind Sie mit Ihren Stellungnahmen dran, liebe Anzuhörende! Nach Ihren Statements folgt dann die Runde der Abgeordneten, der Ausschussmitglieder, die Fragen stellen, und danach gibt es noch die Möglichkeit zu antworten. Die Senatsverwaltung kann auch jederzeit noch antworten. Wir haben uns eben darauf verständigt, dass wir in einer bestimmten Reihenfolge vorgehen. Gute fünf Minuten; wenn es sechs oder sieben sind, sind wir großzügig. Unten auf dem Boden, vor dem Monitor, ist eine Uhr. Da können Sie dann mitverfolgen, wie spät es ist, wie lange Sie gebraucht haben. Dann steigen wir ein. – Stefan Reuyß, Sie wollten starten, Sie haben das Wort!

Stefan Reuyß (Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer – SoWiTra): Herzlichen Dank an den Ausschuss für die Einladung! – Ich freue mich, heute hier sein zu können und gemeinsam mit Ihnen noch mal über die Projektergebnisse zu diskutieren. Ich bin glücklicherweise nicht alleine. Deshalb habe ich jetzt einfach gesagt, ich werde federstrichartig noch mal alle abholen, die Studie noch mal kurz skizzieren, Ihnen ganz grob, holzschnittartig die wesentlichen Erkenntnisse noch mal rüberbringen, weil vielleicht nicht mehr alle die Studienergebnisse im Kopf haben, und dann noch ein paar der Handlungsempfehlungen, die wir in der Studie haben, ein bisschen highlighten. Ich denke, viereinhalb Minuten sollten reichen.

Wie gesagt, wir haben ein gutes Jahr Zeit gehabt, bei unserem Institut SoWiTra mit Sitz hier in Berlin diese Studie zu konzeptionieren und auch umzusetzen. Wir haben uns dann in enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung für einen breiten methodischen Ansatz entschieden, eben weil dieses Feld noch so unerforscht ist. Eingestiegen sind wir mit einer breiten Onlinebefragung, einer quantitativen Befragung, die auf die verschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Senatsverwaltungen und den entsprechenden Bezirksverwaltungen, aber auch auf der Trägerebene gerichtet war, und haben dort, nachdem wir das ausgewertet haben, noch mal ganz gezielt, um quasi Tiefenbohrungen zu machen, um ein bisschen mehr über die Hintergründe zu erfahren, über das, was die Onlinebefragung an Ergebnissen gezeigt hat, noch mal Expertinneninterviews geführt. Wir haben Gruppendiskussionen gehabt. Wir haben natürlich auch die Literaturstudien – ein paar Dinge sind ja schon angeklungen – vor allen Dingen aus den angelsächsischen Ländern zurate gezogen und versucht, unsere Ergebnisse damit zu spiegeln. Und wir haben auch Betroffene interviewt, weil das für uns immer ein sehr wichtiger Faktor ist zu sagen: Lasst uns mit den Leuten selber reden.

Ich kann jetzt nicht die ganzen Ergebnisse in eine Minute zusammenfassen. Vielleicht ganz federstrichartig: Ja, Berlin ist ziemlich weit in Deutschland, wenn nicht gar führend, was dieses Thema betrifft. Nichtsdestotrotz, das große Aber kommt: Das Glas ist nicht einmal halb voll, würde meine Oma jetzt sagen. Da müssen wir noch ordentlich was tun. Wir haben erst mal einen eklatanten Mangel überhaupt an jeglicher Form von Unterkünften, seien es ASOG-Unterkünfte, seien es Hilfen nach § 67 SGB XII, das ganze Spektrum sozusagen. Da gibt es einfach noch einen riesengroßen Bedarf. Was sehr erschreckend für uns war, war, dass in den Unterkünften, vor allen Dingen in den Unterkünften, die nicht queerspezifisch sind, die nicht queersensibel sind, Diskriminierungen Alltag sind. Das haben uns Betroffene berichtet, das berichten uns aber auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, mit denen wir Gespräche geführt haben. Das heißt, das fängt bei verbalen Entgleisungen an bis hin zu körperlichen Übergriffen, wirklich die ganze Bandbreite. In den Einrichtungen in Berlin werden Menschenrechte also tagtäglich verletzt, und ich finde, das ist eine Situation, die so nicht bleiben kann.

Was muss gemacht werden? – Wie gesagt, wir sind sehr vorsichtig gewesen. Es ist ja eher eine kleine, explorative Studie. Wir haben es trotzdem geschafft, quasi 16 Handlungsempfehlungen für die Politik zu formulieren. Ich werde mir jetzt nicht alle 16 vornehmen. Wir haben die auf drei verschiedenen Ebenen gehabt. Wir haben einmal die Individual- und Fachebene gehabt, und hier wäre für mich der wichtigste Punkt überhaupt, erst einmal mit einer Binnendifferenzierung anzufangen. In den Sozialwissenschaften sprechen wir gerne von Intersektionalität, aber ich benutze gerne den Begriff Binnendifferenzierung, denn diese Vielfalt an unterschiedlichen Biografien, an unterschiedlichen Menschen, die uns dort entgegenkam, war enorm. Wir haben Interviews geführt mit Vertreterinnen von trans Sexarbeitenden, meistens junge Osteuropäer, der deutschen Sprache wenig mächtig, keine Ansprüche auf soziale Unterstützung, die nichts anderes hatten, als ihren Körper zu verkaufen, die verständlicherweise als Sexarbeitende nachts arbeiten, das heißt, die passten allein schon vom zeitlichen Rhythmus in keine Unterkunft rein. Wir haben aber natürlich auch, und das ist auch eine Gruppe, die wenig beachtet wird, ältere lesbische Menschen, die langsam pflegebedürftig werden, die eine Demenz entwickeln. Die haben natürlich wiederum ganz andere Bedarfe als die jungen bulgarischen trans Sexarbeitenden. Wir haben aber auch den jungen schwulen Mann mit Migrationshintergrund, mit Fluchthintergrund, der wiederum noch mal ganz andere Bedarfe hat. Ich glaube, deshalb ist diese Binnendifferenzierung, genau hinzuschauen: Mit wem haben wir es

zu tun? –, ein ganz wichtiger Punkt, und, Stichwort Kosten: Es kostet auch nicht viel, einfach den Fokus feiner zu stellen und genauer hinzuschauen.

Wenn ich auf die nächsten Ebene springe – und ich habe wirklich versucht, jeweils nur einen Punkt herauszusuchen; ich hoffe, dass meine Mitstreiterinnen und Mitstreiter, mittlerweile kann man wirklich von Mitstreiterinnen und Mitstreitern sprechen, dann ergänzen werden –, springe ich gerne auf die Versorgungsebene. Ich glaube, was definitiv dringend erforderlich ist, ist, tatsächlich diesen LSBTIQ-Inklusionsanspruch von den Unterkünften stärker einzufordern, also darauf zu achten dass die Mindeststandards, wie sie ja teilweise auch existieren, überhaupt erst mal eingehalten werden. Ich glaube, dann würde sich die Situation in den Unterkünften schon deutlich entspannen. Das ist auch etwas, was auf Senatsebene keine größeren Kosten verursacht.

Dann springe ich auf die Verwaltungsebene: Ich bin großer Befürworter von Arlie Hochschild, einer US-amerikanischen Soziologin, die bei Kinderstudien immer gesagt hat: Ask the children! –, und genauso haben wir es auch hier gemacht: Ask the people! – Deshalb freue ich mich, dass Tomi Blum heute dabei ist. Ich glaube, was Berlin gut machen kann, wofür Berlin auch gut geeignet ist, ist, die Betroffenen mit ins Boot zu holen, stärker an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen, und auch das ist etwas, was nichts zusätzlich kostet. – Damit wäre ich mit meiner Zeit durch. Ich stehe für Nachfragen gern zur Verfügung und freue mich auf die Statements meiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter. – Vielen Dank Ihnen!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich danke Ihnen ganz herzlich und darf gerne das Wort an Anjes Sanogo weitergeben.

Anjes Sanogo (Housing First Queer, Schwulenberatung Berlin gGmbH): Hallo! Vielen Dank für die Einladung in den Ausschuss! – Ich mache das übrigens zum ersten Mal und bin ein bisschen aufgeregt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wenn Sie es nicht sagen würden, hätten wir es gar nicht gewusst. Einfach weitermachen, und herzlich willkommen!

Anjes Sanogo (Housing First Queer): Genau, das mache ich jetzt auch. – Es wurde schon gesagt, ich bin Teamleitungsperson bei Housing First Queer bei der Schwulenberatung Berlin. Das Projekt gibt es seit Juni 2023, zur zeitlichen Einordnung. Uns ist auch wichtig zu sagen: Es gibt nicht nur Housing First Queer, sondern es gibt insgesamt sechs Housing-First-Projekte. Außer Housing First Queer bei der Schwulenberatung gibt es noch Housing First für Frauen beim Sozialdienst katholischer Frauen. Es gibt Housing First Berlin bei der Neuen Chance und der Stadtmission, ein Kooperationsprojekt, Housing First bei My Way, Housing First bei Zu Hause im Kiez und Housing First bei Phinove. Alle haben eine etwas unterschiedliche Zielgruppe. Bei uns sind es LSBTI*-Personen.

Ich sage jetzt ein bisschen was zum Konzept, weil ich nicht weiß, wie bekannt das Housing-First-Konzept hier ist, ich sage etwas zu unserer Zielgruppe, ich sage etwas zu unseren bisherigen Erfahrungen, ich würde Ihnen auch gerne ein paar Zahlen mitgeben und mache dann mein kleines Fazit.

Das Konzept: Housing First ist ein sehr ausgefeiltes Konzept, das nach bestimmten Grundsätzen arbeitet. Ich fasse sie mal ein bisschen zusammen. Der wichtigste Grundsatz ist: Wohnen ist Menschenrecht –, und daraus ergibt sich, dass die Menschen zuallererst mit eigenem Wohnraum versorgt werden. Dafür werden keine Bedingungen gestellt. Die Personen können so kommen, wie sie sind. Wir suchen die Wohnungen, die Menschen schließen den Mietvertrag ab, und sie bekommen dann ein Betreuungs- und Unterstützungsangebot, das sehr personenzentriert sein soll und sich darauf richtet, Wohnstabilität und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Was die Menschen dann unter einem selbstbestimmten Leben verstehen, das ist herauszufinden und ist Teil dieser Unterstützung. Wir als Unterstützungspersonal, also als sozialarbeitende Personen, als Wohnungsakquisepersonen, Psychologinnen und Psychologen richten uns natürlich darauf: Es geht um Wohlbefinden, es geht um Verbesserung der Gesundheit, es geht darum, Selbsthilfekompetenz bei den Menschen zu schaffen, und das eben über die Grundsätze. Die Klientinnen und Klienten haben die Wahlfreiheit, das Angebot anzunehmen und wie sich das Angebot ausgestaltet. Sie sollen mitbestimmen. Sie sollen die Entscheidungsmöglichkeiten behalten, wie sie mit ihrer neuen Lebenssituation, also in einer Wohnung zu wohnen, umgehen. Und das Angebot besteht so lange, wie die Menschen es brauchen.

Ein wichtiges Thema in Berlin, da wir so zielgruppenspezifisch sind mit den Housing-First-Projekten, ist natürlich: Was ist die Zielgruppe überhaupt? – Housing First richtet sich an eine sehr spezielle Zielgruppe, die sich in unserem Bereich, queere wohnungslose Personen, auch noch mal ein bisschen anders darstellt. Grundsätzlich geht es darum, Personen zu erreichen, die aus den regulären Hilfesystemen immer wieder rausfallen, weil sie mit den dort angetroffenen Strukturen und Anforderungen nicht gut klarkommen. Da geht es um so einfache Sachen wie Termine einzuhalten, keinen Substanzkonsum zu haben und solche Themen. Bei queeren Menschen sehen wir vor allen Dingen sehr viel und sehr komplexen Minderheitenstress, der sich aus diesen permanenten Erfahrungen von Mehrfachdiskriminierungen sozusagen speist. Da meine ich: Queerfeindlichkeit, Ableismus, Sexismus, Rassismus verschränkt sich zu einem, wie schon gesagt, komplexen Minderheitenstress, der dann auch zu vielen psychischen Belastungen führt. Und wir haben ein Thema, das man so ein bisschen unter das Spektrum Neurodiversität stellen kann – ob es da jetzt nur bestimmte Verdachtsdiagnosen gibt oder das irgendwann auch mal diagnostiziert wurde –, also alles in dem Rahmen Autismus, ADHS bei Erwachsenen, Dyslexie, Dyskalkulie, Lernschwächethemen und so weiter. Das sehen wir ziemlich häufig, was sich auch mit diesem komplexen Minderheitenstress vermischt. Und diese Lebenslage von ganz viel Stressoren und psychischen Belastungen führt eben zu einer chronifizierten Lebenslage von Wohnungslosigkeit. Menschen finden also alleine einfach nicht mehr die Kraft und das Ende des Fadens, das man aufnimmt, um sich dann aus dieser Situation alleine wieder herauszubringen. Das ist der Personenkreis, den wir versorgen.

Unsere Erfahrungen sind, dass Klientinnen sehr häufig aus verdeckter Wohnungslosigkeit kommen, sich also irgendwo in ausbeuterischen, missbräuchlichen und gewaltvollen Mitwohngelegenheiten befinden, weil sie die Notunterkünfte und das reguläre Versorgungssystem aufgrund der vielen negativen Erfahrungen, die dort gemacht werden, scheuen, was Stefan Reuyß schon so ein bisschen beschrieben hat. Da geht es vor allen Dingen sehr stark um diese cis-heteronormative Ausrichtung, also queere Menschen fühlen sich da oft als Störfaktor stigmatisiert, weil sie bestimmte Ansprüche mitbringen, die in den Notunterkünften, so, wie sie jetzt sind, nicht gut erfüllt werden können. Das sieht man schon in den Sozialen Wohnhilfen. Spätestens nach dem dritten Mal Vorsprache einer queeren Person, die sagt: Nein, ich gehe nicht in eine Männerunterkunft, denn ich bin eine trans Frau – ist die Soziale Wohnhilfe eben genervt, um das mal so drastisch zu sagen, und möchte die Person auch nicht mehr versorgen. Diese Situation sehen wir bei unseren Klientinnen sehr oft.

Damit bin ich auch schon bei dem wichtigen Punkt, den ich hier unbedingt ansprechen möchte. Wir sehen noch mal eine besondere Vulnerabilität bei TIN-Menschen, also trans-, inter- und nicht binären Menschen, die genau dieses System, es gibt eine Unterkunft für männliche Personen und eine für weibliche Personen, sprengen und dadurch in die Unterversorgung fallen.

Wichtig wäre mir auch noch zu sagen, dass es auch ein bisschen darum geht: Die Fachkräfte in den Einrichtungen selber erleben wir sehr oft als sehr sensibilisiert, aber die Strukturen werden nicht sensibilisiert, und wir denken, dass das auch ein Ressourcenproblem ist, denn da muss man sich natürlich auch ein bisschen Zeit nehmen, um zu schauen, wie man die Strukturen verändern kann, damit solche Einrichtungen queersensibler werden.

Oh Gott, ich bin schon bei sieben Minuten! Sorry, es tut mir leid! – Ergebnisse: Wir haben im Jahr 2024 ungefähr 180 Anfragen bearbeitet, von denen dann schlussendlich ungefähr 32 ins Projekt gemündet sind. 20 Personen konnten wir in 18 Wohnungen versorgen – es sind zwei Paare dabei –, und insgesamt sind wir im Moment kurz davor, unsere Kapazität zu erreichen. Die liegt bei ungefähr 50 Menschen, die wir versorgen können. Da wäre wichtig, dass wir irgendwann mal zu der Frage kommen: Wie geht es weiter mit der Regelfinanzierung und so weiter? – Das steht natürlich jetzt an.

Wichtiges Fazit: Wir als queere Organisation erreichen die Zielgruppe gut. Wir haben die Ressourcen innerhalb der Organisation, um Menschen auch in Versorgung weiterzuvermitteln, und können da auch ein bisschen Zeit hineininvestieren, sodass es dann auch wirklich funktioniert. Und dieses Thema verdeckte Wohnungslosigkeit ist mir auch noch mal sehr wichtig; dass das Regelversorgungssystem gemieden wird und Leute in wirklich schlimmen, gewaltvollen und ausbeuterischen Verhältnissen irgendwo auf einer Couch wohnen. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank auch für Ihr Statement! – Dann darf ich das Wort an Frau Schultz weitergeben.

Kathrin Schultz (QUEERHOME*, Sonntags-Club e. V.): Vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung! – Ich möchte so einsteigen: Das Projekt Housing First der Schwulenberatung ist ein sehr wichtiger Kooperationspartner für uns, denn es ist manchmal der Weisheit letzter Schluss, Klientinnen vor der Verelendung zu bewahren. Aber wie Anjes Sanogo auch schon gesagt hat: Die Kapazitätsgrenzen sind nahezu erreicht, und was machen wir dann wie-

der? Es war jetzt eine leichte Entspannung an manchen Stellen, aber auch nicht alle Klientinnen konnten dort von uns weiterversorgt werden.

QUEERHOME*: Ich habe ein 19-seitiges Arbeitspapier, eine Auswertung der Studie gegenübergestellt mit der IGSV. Sie ist noch nicht abgesegnet und muss mit der LADS weiterentwickelt werden, aber wir stellen sie auch gerne zur Verfügung. Das jetzt in fünf Minuten zu quetschen, wird herausfordernd. Ich bemühe mich. Grundsätzlich möchten wir sagen: Beide Instrumente, sowohl die LADS-Studie als auch die IGSV, sind sehr wichtige Instrumente für QUEERHOME*, um klarzumachen, es gibt einen ganz dringenden Handlungsbedarf. Laut der Studie gibt es 10 000 queere Wohnungslose in dieser Stadt. Wenn wir von 50 000 offiziell genannten Wohnungslosen ausgehen, heißt das, jede fünfte Person der Wohnungslosen in dieser Stadt ist queer. Das ist eine sehr große Zahl, und es ist für uns auch gut, das jetzt mal schwarz auf weiß zu sehen. Trotzdem ist es wichtig zu sagen: Es ist eine hauptsächlich quantitative Studie, das heißt, es bräuchte viel mehr Studien und viel mehr Einblicke, um sich dem Handlungsfeld anzunähern und queere Wohnungslosigkeit wirklich zu bekämpfen.

In der Studie sind sehr viele Maßnahmen auch schon benannt. QUEERHOME* hat auch einen großen Teil dazu beigetragen. Ein bisschen was fehlt uns aber noch. Ich würde mich jetzt in meiner Rede darauf fokussieren, und zwar: Vor allem der Bereich queere Geflüchtete kommt uns etwas zu kurz, und zwar in den konkreten Vorschlägen, die diese Studie benennt, denn in der IGSV stehen schon viele Vorschläge drin. Vor allem fordern wir von QUEERHOME* weiterhin Ansprechpersonen beim LAF oder in den Unterkünften des LAF allgemein. Das ist etwas, was, glaube ich, auch nicht sehr teuer ist, aber relativ leicht umzusetzen wäre und uns die Arbeit sehr erleichtern würde. Das Gleiche wünschen wir uns aber auch für alle ASOG-Einrichtungen in Richtung Beschwerdemanagement. Wir haben häufig mit Einrichtungen zu tun und wissen als Beratungsstelle gar nicht: Wen sollen wir da jetzt eigentlich adressieren? – Das ist aus unserer Sicht eine relativ einfache politische Maßnahme, die da möglich wäre. Wir wünschen uns als QUEERHOME* oder als Arbeitskreis Queer Wohnen, der über QUEERHOME* gegründet worden ist, und ich bin offiziell die Sprecherin des Arbeitskreises Queer Wohnen – – Trotzdem steht da ein großer Zusammenschluss von Einrichtungen, über 80 Einzelpersonen, dahinter. Sie finden mittlerweile all diese Infos auch auf der Homepage. Wir wünschen uns wirklich auch Ansprechpersonen für queere Belange in den Fachstellen der Sozialen Wohnhilfen; auch ein Punkt, der relativ einfach umzusetzen wäre, um die vielen langwierigen Wege zu verkürzen.

Ein ganz wichtiger Punkt, der auch in der Studie genannt ist, der uns auch wichtig ist: Die weiterführenden Hilfen müssen dringend ausgebaut und nicht gekürzt werden. Vielleicht mal eine Zahl: 2011 wurden noch 8 000 Hilfen nach § 67 SGB XII bewilligt. Ich habe 2017 selber in einem 67er-Träger gearbeitet. Im Jahr 2023 waren es nur noch 3 000. Warum? – Diese weiterführenden Hilfen und natürlich auch Weiterentwicklungen wie Housing First als zusätzliches Tool sind super wichtig, denn wenn wir diese nicht haben, verstopfen uns die ganzen Hilfesysteme. Auch an dieser Stelle noch mal im Hinblick auf queere Geflüchtete: Wir haben einige Geflüchtete, die trotz Jobcenterleistungen noch in LAF-Unterkünften wohnen und dadurch den Platz für andere Geflüchtete blockieren. Das geht nicht. Es geht durch ganz viele kleine Maßnahmen wirklich relativ einfach, die Situation sogar zu verbessern. Auch das könnte in der Studie, finden wir, noch ausgebaut werden. Ein Beispiel, und ich freue mich, dass hoffentlich Tomi nachher dazu noch etwas sagt, ist der Zugang, der in der IGSV auch gefordert wird, zu WBS- und GMS-Wohnungen. Das wäre im Zusammenspiel mit den Be-

zirksämtern und der Senatsverwaltung für Soziales oder allen, die da etwas zu sagen haben, glaube ich, relativ easy, das zu ändern, sodass der Zugang möglich ist. Es gibt ein Projekt, das asap heißt. Ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Die vermitteln zum Beispiel GMS-Wohnungen an von Gewalt betroffene Frauen. Das ist ein sehr bewährtes Projekt. Warum nicht auch für queere Menschen so etwas einrichten? QUEERHOME* wäre sofort bereit, das zu übernehmen, aber das kann auch eine andere Stelle machen, wie auch immer. Wir glauben, dass es gerade bei dieser ganz konkreten Frage, wie es in der Studie heißt: Wo kommt queerer Wohnraum her? Wo kommen Trägerwohnungen her? – von unserer Seite wirklich sehr konkrete Vorschläge gibt, die nicht viel Geld kosten.

Wichtig ist mir auch noch zu sagen: QUEERHOME* setzt sehr stark auf den Peer-to-Peer-Ansatz. Das ist auch total wichtig, funktioniert aber nur, wenn Menschen auch die Kraft haben, sich hier hinzusetzen und zu erzählen, so wie Tomi das heute macht, worüber ich mich sehr freue, was aber auch damit zu tun hat, dass Tomi nach fünf Jahren endlich mal eine Wohnung gefunden hat. – Dazu sagst du gleich selber noch etwas. – Ansonsten wäre das gar nicht möglich.

Uns ist wirklich wichtig zu sagen: Viele Vorschläge, die wir haben, sind nicht kostenintensiv, auch auf queere Geflüchtete bezogen. Bitte gehen Sie mit uns ins Gespräch! Ich selber als queere Aktivisten mache mir große Sorgen um die politischen Veränderungen. Wir können uns diese Kürzungen nicht leisten. Es wird nicht besser. Die Stadt wird verelenden. Wir müssen etwas tun, und die Vorschläge, die wir haben, sind trotz der politischen Veränderungen auch möglich. Das hat aber auch ganz viel mit diesen queeren Bildungssachen zu tun.

Vielleicht noch mal ganz kurz in der letzten Minute: QUEERHOME* hat mittlerweile drei hauptamtliche Stellen. Seit Sommer letzten Jahres ist eine dazugekommen, speziell für den Bereich queere Geflüchtete. Darüber haben wir uns sehr gefreut. Wir brauchen das aber auch händeringend. 2023 hatten wir 600 Erstanfragen, im letzten Jahr hatten wir schon 700 Erstanfragen, in diesem Jahr sind wir schon bei 120 Beratungsfällen. Die sind nicht alle total intensiv, aber da sind noch 50 Altfälle vom letzten Jahr. Letztes Jahr waren es 500 neue Erstanfragen. Ich kenne die Zahlen aus anderen Beratungsstellen, deswegen weiß ich, dass das sehr viel ist, und auch wir sind an der Kapazitätsgrenze. Trotzdem freuen wir uns aber, dass wir jetzt – und das ist mein letzter Satz – mit dem AK Queer Wohnen seit Dezember letzten Jahres auch im Rat Wohnungsnotfallhilfe vertreten sind, das heißt, wir sitzen auch in den entscheidenden Gremien als Vertretung. – In diesem Sinne schließe ich jetzt und freue mich, dass du dabei bist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich Ihnen ganz herzlich auch für Ihr Statement! – Tomi Blum, Sie haben das Wort!

Tomi Blum (Betroffenenperspektive): Hallo! Ich mache das auch zum ersten Mal. – Meine drei Vorrednerinnen haben auch – – Vieles, was sie gesagt haben, verstehe ich auch und wollte jetzt noch vorausschicken, dass es für uns aus der Autismus-Selbsthilfe auch total wichtig ist, beim Arbeitskreis Queer Wohnen dabei sein zu können, auch wegen der Vernetzung.

Ich probiere ganz kurz zu erklären, wie das bei mir gelaufen ist. Ich musste 2014 aufgrund von homophober häuslicher Gewalt meine Wohnung fluchtartig verlassen. Der Täter kam aus

der Ecke der Lebensschützer. Auf jeden Fall hatte ich dann die Möglichkeit, weil ich da Leute kannte, im Wagendorf in Lichtenberg unterzukommen. Das war auch absolut notwendig, weil ich dringend einen Safer Space, einen geschützten Raum, brauchte. Dann ging das bis 2018. Dann ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft gleichzeitig gegen mich wegen Sozialleistungsbetrug und für mich wegen Stalking und häuslicher Gewalt und so weiter. Ich war praktisch handlungsunfähig. Ich war fünf Jahre lang – wie nennt man das? – auf der Flucht, in der Emigration oder so etwas, und dann hat mein Anwalt irgendeinen Deal gemacht. Dann ist das eingestellt worden. Der einzige Erfolg war, dass alle Vorwürfe gegen mich haltlos waren.

Während der Zeit ist mir auch klargeworden, dass ich Autist bin. Ich war dann auf der Warteliste und habe dann 2019 von der Humboldt-Uni-Ambulanz die Diagnose Autismus und posttraumatische Belastungsstörung bekommen. Da war auch schon die posttraumatische Belastungsstörung durch den Angriff und den Verlust der Wohnung und dann der mangelnden Hilfe dabei. Da stand in der Diagnose, die ist sehr ausführlich – das ist auch so etwas, wo wir in Berlin supergut aufgestellt sind gegen wirklich rückschrittliche Zustände in Köln, also State of the Art –, dass für mich betreutes Einzelwohnen am besten ist. Dann habe ich mich an die ZIK, den größten Träger für Menschen mit HIV, und die ZUB, größter Träger für autistisches Wohnen. Da war ich aber schon im Aspies e. V. und wurde schon ein bisschen vorgewarnt. Dann bin ich da hin und habe meine Situation geschildert und all das, und als Erstes wurde ich praktisch dazu gezwungen zu unterschreiben, dass ich die rechtliche Betreuung zulasse. Das ist auch das Problem mit dem Geschützten Marktsegment.

Das war dann alles hinterher eine Katastrophe, denn ich hatte ja keine Zulässigkeit. Als Nächstes wurde mir gesagt: WBS brauchst du nicht, es gibt eh keine Wohnungen. – Ich habe einfach keine Beratung bekommen. Ich habe beim Wohnungsverlust keine Beratung und keine Hilfe bekommen, und hinterher hat mir niemand gesagt, wie das funktioniert, wie man ohne Wohnung irgendwas – – Das klang für mich alles so logisch und richtig, aber ich hatte ja keine Wohnung, wie soll ich dann – – Lange Rede, kurzer Sinn – dann habe ich den Antrag noch mal gestellt und noch mal gestellt, und dann hat mir endlich ein guter Kumpel von mir, der bei der ZIK und so was war, gesagt: Rede mit Frank Hartung von der Schwulenberatung! – Und Frank hat mich dann zu QUEERHOME* vermittelt, denn das war alles sehr schwierig. Ich weiß gar nicht, wo wir überall waren, polizeiliche Anmeldung, bis dann endlich meine Akte zusammengekommen ist an den Ort, wo ich mich tatsächlich aufhalte. Ein Jahr lang, trotz Genehmigung von fünf Wochenstunden betreutes Einzelwohnen oder so etwas, war niemand zu erreichen. Dann wurde gesagt, der Sachbearbeiter ist versetzt worden, ist im Urlaub, wir wissen nicht, wo er ist. Ich konnte keinerlei Gespräche mit ihm führen.

Mittlerweile ist es tatsächlich so, dass ich mit meinem Betreuer, also mit meinem Assistenten auf dem Amt war. Da ist noch dieselbe Amtsärztin wie 2014 und die neue Sachbearbeiterin, und die sagte dann zu mir: Ja, aber dann habe ich wahrscheinlich noch mehr solche Klienten wie dich. – Ach so, Entschuldigung! Ich habe nicht auf die Zeit geguckt. – Und dann sagt sie: Ja, prima, dann können wir ja zusammenarbeiten. Und so ist es.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich erst mal.

Kathrin Schultz (QUEERHOME*): Darf ich ganz kurz? Wir haben das vorher besprochen, Tomi und ich. Vielleicht darf ich die 30 Sekunden noch nutzen, einmal zusammenzufassen. So haben wir uns vorher besprochen, weil das für ihn auch sehr anstrengend ist. Er war fünf

Jahre wohnungslos, und es hat einen Riesenapparat von Sozialarbeiterstunden und was weiß ich gebraucht, um das zu beenden. Am Ende hat Tomi eine Wohnung im Geschützten Marktsegment bekommen. Das ist das, was wir die ganze Zeit sagen. Es hätte fünf Jahre vorher schon passieren können. Mittlerweile gibt es auch nur noch Baustellen, aber diese Kostenexplosionen entstehen durch die Bürokratisierung, dadurch, dass Informationen fehlten, bis er dann bei uns gelandet ist. Für uns hat es ganz viele Arbeitsstunden gebracht, und das wäre leicht zu ändern.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann danke ich Ihnen beiden noch mal ganz herzlich für das Statement und wünsche Tomi Blum alles Gute für den weiteren Weg. Toll, dass Sie es geschafft haben und drangeblieben sind und so gute Unterstützung bekommen haben. Alles Gute für Sie!

Ich habe hier auch schon einige Wortmeldungen. Als Erstes hatte sich Herr Taylan Kurt gemeldet. Ihm müssten wir hier aber zusammen noch das Rederecht geben, wenn wir der Reihenfolge des Eingangs der Wortmeldungen folgen wollen, es sei denn, die Fraktion der Grünen möchte es anders handhaben. Das überlasse ich natürlich dann Ihnen. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Dr. Lederer und dann von Frau Neumann. Möchten Sie ihm das Wort erteilen? Das frage ich in die Runde. Oder machen wir es andersherum, wer möchte es nicht erteilen? – Es gibt keinen Widerspruch, dann denke ich, dass Sie das erlauben. Die vierte Wortmeldung ist von Frau Knack von der CDU, und auch ihr müssten wir das Wort erteilen, weil auch sie hier Gast ist. Ich gehe auch davon aus, dass das erlaubt wird. – Dann verfahren wir so. Herr Walter hat sich dann auch noch gemeldet. Dann in der Reihenfolge, mit der Bitte, dass Sie möglichst nicht länger als die Anzuhörenden reden, gebe ich Ihnen jetzt das Wort.

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank an den Ausschuss für die Erteilung des Rederechts! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für ihre Wortbeiträge! – Ich habe mehrere Fragen an den Senat. Mich würde ganz konkret interessieren, Frau Senatorin: Wie bewerten Sie denn das, was Sie jetzt gehört haben? Sie haben gehört, die Situation ist dramatisch. Sie sind darauf jetzt nicht ganz eingegangen und etwas ausgewichen. Was sagen Sie dazu? Was haben Sie konkret vor, um die Situation zu verbessern und nicht nur den Ist-Zustand zu beschreiben?

Zweitens: Thema Geschütztes Marktsegment, das Sie auch angesprochen haben. Das Problem, das wir in der Wohnungslosenhilfe haben, ist: Wir haben 1 300 Wohnungen. Der Kuchen ist klein. Der Kuchen muss wachsen. Damit der Kuchen wächst, haben wir als Grünenfraktion einen Antrag eingereicht und ein Positionspapier mit ganz konkreten Vorschlägen verabschiedet. Ich weiß, dass auch Sie als Senatsverwaltung darum bemüht sind, das Geschützte Marktsegment auszubauen. Was ist da der aktuelle Sachstand?

Dritte Frage, Hilfen nach § 67 SGB XII: Was ist da der aktuelle Sachstand? Da gab es ja Gespräche mit SenFin, Stichwort: Abschaffung Planmengenverfahren, was eines der Probleme ist, warum es diesen künstlichen Deckel gibt, dass die Anzahl der Fälle in den Hilfen nach § 67 SGB XII seit Jahren sinkt, während die Anzahl der Betroffenen – – Das haben Sie heute Vormittag verpasst, Frau Senatorin: Wir hatten ja im Sozialausschuss die schöne Anhörung zur Armutsbekämpfung. Da ging es auch um die Hilfen nach § 67 SGB XII, weil die Armutsgefährdung in Berlin mittlerweile bei über 20 Prozent liegt. Was ist da der aktuelle Sachstand?

Schließlich würde mich noch die ordnungsrechtliche Unterbringung von queeren wohnungs- und obdachlosen Menschen interessieren und die Berichte, die wir jetzt auch gehört haben. Was tun Sie als Senatsverwaltung konkret dafür, um eigene Schutzräume zu schaffen? Wie sieht das aus? Haben Sie einen Überblick: Wie viele Plätze haben wir? Wie viele Unterkünfte gibt es? Wie ist der Bedarf? Sind Sie da mit den Trägern auch im Kontakt, um dort eine konkrete Bedarfsplanung zumindest im ASOG zu ermöglichen?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Dr. Lederer, Sie haben das Wort!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Bei mir geht es auch ein bisschen in Richtung der Anzuhörenden und in Richtung des Senats, aber das ist ja durchaus nicht unüblich. Ich fange mal mit dem Senat an – ich habe es vorhin schon angedeutet –, weil wir einfach in praxi eine Situation in den Sozialen Wohnhilfen haben, die offenbar extrem schwierig ist. Da hatte Frau Senatorin presseöffentlich erklärt, mit der Digitalisierung und der gesamtstädtischen Steuerung werde sich da ganz viel ändern. Ich glaube das zwar nicht ganz, wenn ich mir die Belastungszahlen im Vergleich zum Personal angucke, aber vielleicht können Sie dazu tatsächlich auch noch mal etwas ausführen, denn das wäre ja die Grundvoraussetzung dafür, dass die Situation in den Sozialen Wohnhilfen besser wird, damit auch Spielräume für besonders vulnerable Gruppen überhaupt erst geschaffen werden. Ich stelle mir immer vor, da ist jemand im Sozialamt in der Sozialen Wohnhilfe komplett am Limit, und jetzt kommt noch einer um die Ecke und sagt: Und jetzt machst du bitte noch Fortbildungsstunden. – Vielleicht können Sie uns dazu ein paar Sachen sagen und auch zu dem Themenkomplex, den Frau Schultz aufgerufen hat, zur Frage der Verstopfung. Also wie bekommt man wieder Bewegung in die Wohnhilfestrukturen? –, denn das kann ich natürlich auch nachvollziehen: Wenn in den eigentlich als Provisorium vorgesehenen Hilfen die Leute dauerhaft festhängen, dann ist natürlich auch kein Platz für neue Krisensituationen, und so richtig toll ist es da ja auch nicht. Da muss man sich nichts vormachen.

Die Frage an die Anzuhörenden: Gibt es eigentlich eine Statistik oder Erhebung zu der Frage, wie viele Menschen ASOG oder andere Wohnhilfen in Anspruch nehmen, wie viele mit besonderen Belangen da hinkommen und wie viele vielleicht auch wieder nach Hause geschickt werden, möglicherweise sogar aus dem Grund, dass eine spezifische Hilfe für sie nicht bereitgestellt werden kann?

Die zweite Frage ist: Gibt es inzwischen Ansprechpersonen zumindest schon im Anflug in den verschiedenen Bereichen der Unterbringung, ich meine jetzt von LAF über ASOG bis hin zu Krisenwohnen? Gibt es Ansprechstellen, Ansprechpersonen, also auch als Clearingorte, damit man nicht immer fünfmal gegen die Mauer rennen muss, sondern möglicherweise einfach mal zum Telefonhörer greifen oder eine Mail schicken kann?

Die Frage, die mich auch interessiert, ist: Wie ist der Sachstand zu Antidiskriminierungs- und Gewaltschutzkonzepten in Notunterkünften, ASOG-Einrichtungen und Einrichtungen des LAF?

In Richtung Senat: Wie ist der Sachstand in Bezug auf queersensible Kriseneinrichtungen, Notunterkünfte, Geflüchtetenunterkünfte? Vielleicht können Sie uns den kurz darstellen, auch mit Blick auf Dinge, die Sie möglicherweise planen, denn so einfach ist das ja nicht, das wis-

sen wir. Da will ich jetzt auch gar kein Wolkenkuckucksheim, aber man muss da ja strategisch dranbleiben und etwas hinbekommen.

Zwei letzte Fragen noch: Die eine ist zu Wohnprojekten. Gibt es im Senat irgendwie ein übergreifendes Handeln? Vor Kurzem ist ja Lebensort Vielfalt aufgemacht worden, da waren viele von uns auch. Wenn ich die richtig gehört habe – ich habe die jüngst getroffen –, dann haben die eine vierstellige Zahl von Interessentinnen und Interessenten. Das ist natürlich unmöglich. Das werden viele zu Lebzeiten nicht mehr erleben. Man könnte jetzt sagen, wenn Träger an dieser Stelle Wohnraum schaffen, zumal es an anderen Stellen offenbar nicht so gut funktioniert, wäre das vielleicht auch eine spezifische öffentliche Unterstützung wert, sei es logistisch, aber möglicherweise auch durch Kredite und dergleichen mehr. Gibt es dazu Projektüberlegungen, denn das ließe sich vielleicht tatsächlich ausbauen?

Letzter Punkt: Unterstützung queerer Träger. Wir haben die Bedarfe gehört. Ich habe jetzt akut gehört – ist das bei Ihnen auch schon angekommen? –, dass bei dem geplanten Nachtcafé im Kurfürstenkiez – wozu Senat und Bezirk gesagt haben: Wir fördern das, wir unterstützen das –, es gab schon das Commitment, war nicht ganz einfach – die Gewobag jetzt gesagt hat: Nein, ein Zahnlabor brauchen wir an der Stelle dringender. – Da stelle ich mir natürlich die Frage: Wozu unterhalten wir öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, und weiß da die linke Hand was die rechte tut, oder macht hier jeder, was er will? –, denn im freien Markt werden wir keine Chance haben, eine solche Infrastruktur dauerhaft aufrechtzuerhalten, oder wir finanzieren mit den knapper werdenden Haushaltsmitteln den Renditen privater Immobilieneigentümer hinterher.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Neumann, Sie haben das Wort, bitte!

Wiebke Neumann (SPD): Vielen Dank! – Einige Fragen wurden schon gestellt. Ich habe noch die Frage in Richtung der beiden Projekte QUEERHOME* und Housing First, wie das mit der Wohnraumakquise so läuft. Schwierig, das kann ich mir vorstellen, aber vielleicht können Sie noch mal ein bisschen näher ausführen, wo es vielleicht auch besonders gute Erfahrungen gibt und wie auch das Verhältnis ist zum Beispiel mit landeseigenen oder privaten Vermietern, gerade bei Housing First; wie sich das darstellt und vielleicht auch, ob es da schon mal Probleme gab, dass man vielleicht mit irgendeinem Vermieter im Gespräch war und dann irgendwie herauskam: Wir sind übrigens ein Projekt für queere Menschen – und es dann vielleicht Vorbehalte gab. Gab es solche Situationen, oder war das entweder immer vorher schon klar oder keine Frage?

Vermutlich auch ein bisschen an beide, aber auch gerne an Herrn Blum, wenn er dazu etwas sagen möchte: Wie erfahren die betroffenen Personen von den Projekten? Es ist ja wirklich eine beeindruckende Zahl auch an Anfragen und Bedarf. Wahrscheinlich haben Sie auch so ein bisschen Erfahrung, wie die Leute von Ihnen erfahren haben. Ist das über andere Beratungsstellen oder einfach auch über Internetrecherche? Wie kommen die meisten zu Ihnen? Das würde mich interessieren, besonders auch noch mal bei den angesprochenen Klientinnen aus verdeckter Wohnungslosigkeit, denn das ist ja doch noch mal eine spezielle Gruppe, die das vielleicht auch schon länger erträgt in diesen Situationen. Gibt es da irgendeinen wohlmeinenden Bekannten, der sagt: Das geht hier nicht mehr so weiter mit dir. Ich habe da was gelesen, die können dir vielleicht helfen –, denn das ist ja auch immer ein bisschen die Frage: Wie kommen die Angebote und die Hilfen, die wir haben, auch zu den richtigen Leuten?

Bei QUEERHOME* würde mich auch noch mal sehr die Zusammenarbeit mit den Sozialen Wohnhilfen in den Bezirken interessieren; wie sich das gestaltet. Es ist ja oft so, dass wir bei zwölf unterschiedlichen Bezirken auch zwölf unterschiedliche Erfahrungen haben. Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen ausführen.

Und in Richtung Senatsverwaltung würde mich interessieren, was jetzt auch mit den Erkenntnissen der Studie noch geplant ist. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Knack das Wort. – Bitte!

Lisa-Bettina Knack (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal vielen Dank an die Anzuhörenden für die wirklich schönen, guten und tiefgreifenden Einblicke! Das war sehr wichtig. Viele Fragen wurden tatsächlich schon gestellt. Ich habe deswegen nur noch wenige Fragen. Mich würde interessieren, so ganz konkret, wenn man immer von niedrigschwelligen Angeboten spricht, die sind alle zu hochschwellig, was genau bedeutet das eigentlich? Jeder Fall ist doch sehr individuell und sehr speziell, das heißt, wenn man diese Angebote auch noch niedrigschwelliger anbieten möchte, braucht es bestimmte Maßnahmen. Können Sie vielleicht ein oder zwei aufführen, die eventuell relativ unbürokratisch und schnell umgesetzt werden könnten?

Dann würde mich auch interessieren: Es gibt ja noch viele andere Wohnungslosenhilfen, die sich auch darum kümmern, dass man bei drohender Wohnungslosigkeit oder schon bestehender Wohnungslosigkeit Angebote macht. Gibt es da Kooperationen? Wird sich da ausgetauscht, um zu gucken: Okay, sind die queersensibel genug, um uns vielleicht auch ein bisschen Arbeit abzunehmen und dementsprechend unseren Wirkungskreis zu erweitern, um auch noch weitere Schutzräume in der Hinsicht aufmachen zu können?

Die nächste Frage, die ich noch hätte, wäre: Gerade die minderjährigen Geflüchteten sind tatsächlich noch mal ganz anders aufgestellt. Es gibt viele queere junge Menschen, die zu uns kommen, dann in den Erstaufnahmen oder in Vorclearingstellen stranden, sich teilweise aber nicht trauen, sich zu outen oder ihre Bedarfe genau zu formulieren, und dann streckenweise gar nicht weitervermittelt werden oder teilweise in LAF-Unterkünften unterkommen. Gibt es hier schon Vernetzungen oder Austauschformen, um präventiv eingreifen und sagen zu können: Hey, der bräuchte eigentlich ein anderes, gesetteltes Angebot, um wirklich gut beraten zu können; gerade in der sehr vulnerabel Lebenslage, minderjährig, geflüchtet und queer, dass er da gut abgeholt wird und weiterbetreut werden kann –? – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Herr Walter. – Bitte, Sie haben das Wort!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Beiträge, die sehr wichtig waren! Es sind viele Fragen schon gestellt worden, die mir auch durch den Kopf gegangen sind. Ich würde noch ein paar wenige Sachen ergänzen wollen.

Richtung Senatsverwaltung: Ich habe mir im Vorfeld noch mal die IGSV angeschaut. Für den Bereich Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind es insgesamt 30 Maßnahmen, die Sie vorhaben. Abgeglichen mit den Forderungen, die heute noch mal formuliert worden sind, würde ich sagen, einige sind durchaus enthalten. Zum Teil geht es sogar darüber hinaus, was weitere Einrichtungen angeht, beispielsweise 24/7-Unterkünfte in der Wohnungsnotfallhilfe, Sensibilisierung, Konzepte, Pläne, Zusammenarbeit mit den Bezirken und so weiter und so fort. Deswegen ist meine Frage: Wo sind Sie angesichts dessen dran? Was passiert noch in dieser Wahlperiode? Was wird davon noch umgesetzt, und welche der Forderungen, die heute formuliert worden sind, können Sie konkret umsetzen? Die Frage wurde auch konkret von anderen gestellt, unter anderem von meinem Kollegen.

Die zweite Frage zu dem Bereich Schaffung einer Willkommenskultur für LSBTIQ in den Einrichtungen beziehungsweise zu dem Punkt, den Sie angesprochen haben: Warum nutzen queere Menschen seltener Unterkünfte? Hier wäre für mich die Frage, was man noch konkret machen kann. Ich habe in Erinnerung – das habe ich vorhin schon gesagt –, zu diesen Schutzkonzepten, die es insbesondere bei Geflüchtetenunterkünften geben sollte: Wir haben das ein paarmal in der Vergangenheit abgefragt, und ehrlicherweise fand ich es sehr unbefriedigend, weil es immer von Senatsseite und auch vom LAF hieß, dass alles super funktioniert. Es gebe Plakate, Aushänge und Ansprechstellen und was weiß ich, und man hatte das Gefühl, alles super, und was einem aber berichtet worden ist – und das haben Sie jetzt bestätigt –, ist, dass in der Praxis de facto überhaupt nichts ankommt oder irgendwie eine Sensibilität gegeben ist. Was könnte man noch konkret tun, vielleicht noch mal in einem neuen Aufschlag zu sagen: Wie muss das ausschauen? Wie kann man diese Willkommenskultur, wie kann man Schutzkonzepte insgesamt implementieren, sodass das stärker Berücksichtigung findet?

Ich bin dankbar, dass Sie noch mal darauf hingewiesen haben, dass es eine intersektionale Dimension gibt oder eine sehr unterschiedliche Lage von Bedarfen. Ich finde es sehr wichtig, die auch auf dem Schirm zu haben, denn zum Teil, würde ich behaupten, widersprechen sich auch Bedarfe, sodass man unterschiedliche Einrichtungen schaffen oder unterschiedliche Stellen, unterschiedliche Konzepte entwickeln muss. Das wäre meine dritte Frage an den Senat: Wie haben Sie es auf dem Schirm, die unterschiedlichen Vulnerabilitäten, die sich in der Intersektionalität verstärken, auf dem Schirm zu behalten?

An die Anzuhörenden selbst: Sie haben schon ein bisschen gesagt, was Sie noch fordern, was es an konkreten Einrichtungen braucht, und Bedarfe genannt. Ich habe es aber nicht von allen explizit gehört. Deswegen gerne noch mal in der Antwortrunde: Wenn Sie konkrete Forderungen an uns, an Politik haben, was es braucht, auch an konkreten Einrichtungen, vielleicht gestaffelt, was sofort notwendig ist, also ein bisschen Prioritätensetzung, würde es mich freuen, dazu noch Hinweise zu bekommen. Wenn Ihnen zu diese Frage, warum queere Menschen seltener Unterkünfte nutzen, noch Sachen kommen, bei denen Sie sagen, das ist jetzt in der Diskussion noch nicht gefallen und Sie haben dazu noch Hinweise an uns oder an den Senat, würde ich mich freuen, von Ihnen entsprechende Statements zu bekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann noch Frau Eralp. – Sie haben das Wort, bitte!

Elif Eralp (LINKE): Ich mache es ganz schnell. Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir vielen Dank an die Sachverständigen für Ihre Arbeit! Ich beschäftige mich viel mit Unterkünften, und mir wird immer wieder zurückgemeldet, dass es nicht genug LAF-Unterkünfte für queere Geflüchtete gibt. Was ist da Ihre Einschätzung, und wie hoch schätzen Sie den zusätzlichen Bedarf? Was müsste hier noch alles passieren, jenseits davon, dass natürlich auch der Zugang zu Wohnungen verbessert werden muss, was Sie auch schon angesprochen haben, was uns ein sehr wichtiges Anliegen ist?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind wir jetzt in der Antwortrunde, und die Senatorin hat zuerst das Wort. Dann geht es in Ihre Richtung. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Fragen! – Ich freue mich, dass ich heute im Ausschuss für Arbeit und Soziales vermisst wurde, Herr Kurt. Es waren wichtige Themen, die dort besprochen worden sind. Ich war im Rat der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Leider findet der RdB auch immer donnerstags statt, und ich kann am RdB nie teilnehmen, weil ich immer Ausschuss oder Plenum habe. Deshalb wollte ich an diesem Donnerstag trotz der wichtigen Debatten im Ausschuss für Arbeit und Soziales zum Rat der Bürgermeister. Das war wichtig, aber ich freue mich auf jeden Fall, dass Sie mich vermisst haben.

Wie gesagt, die Herausforderungen: Nicht nur Berlin, auch Europa und Deutschland haben sich zum Ziel gesetzt – das ist ein hehres Ziel, das will ich hier deutlich sagen –, bis zum Jahr 2030 Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit zu überwinden. Es gibt den aktuellen Wohnungslosenbericht der Bundesregierung, der im Januar veröffentlicht worden ist. Auch diese Zahlen sind aus meiner Sicht erschreckend, und das ist ein Phänomen, das es nicht erst seit Regierungsantritt des jetzigen Berliner Senats gibt, sondern es ist ein Phänomen schon über die letzten Jahre hinweg, und Obdachlosigkeit wird es auch in Zukunft geben. Wir versuchen unser Bestes, mit unseren Mitteln dafür zu sorgen, dass wir viele Menschen unterstützen und von der Straße holen können. Deshalb habe ich mich in den vergangenen anderthalb Jahren, als es um die PMA-Auflösungen in den Jahren 2024 und 2025 ging, aber auch jetzt für den Doppelhaushalt 2026/2027, dafür eingesetzt, dass ich diese Projekte weiterhin halten kann und Projekte nicht wegfallen. So haben wir zum Beispiel im Jahr 2023 im Sommer trotz des Eckwertebeschlusses und der PMA-Auflösung Housing First gestärkt. Das stand ja alles auf der Kippe, das will ich hier auch ganz deutlich sagen. Aber auch QUEERHOME*, das hier erwähnt wurde, ist ein tolles Projekt, das wir weiter unterstützt, weiter aufgebaut haben.

Wir müssen, um unser Ziel zu erreichen – – Unser Ziel ist auf jeden Fall klar: Wir wollen eine Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik, die geschlechtlicher und sexueller Vielfalt Rechnung tragen. Das bedeutet, dass sie – diese Begriffe sind hier auch gefallen – queerinklusiv, queersensibel sind. Das versuchen wir, soweit wir können, im Bereich der Unterbringung von Geflüchteten zu tun, aber auch in der Regelstruktur, die in der Zuständigkeit der Bezirke liegt. Das will ich hier auch deutlich sagen. Das ist auch eine Herausforderung für die Bezirke, aber es ist eine gemeinsame Anstrengung mit den Bezirken, mit dem Parlament zusammen, aber auch mit den Senatsverwaltungen, die hier gefragt sind.

Es wurde das Geschützte Marktsegment angesprochen. Ja, das ist in den Richtlinien der Regierungspolitik festgehalten. Leider gab es auch hier in den vergangenen Jahren keinerlei Aufwuchs, auch nicht in der Vorgängerregierung. Bauen war immer eine Herausforderung in Berlin. Es gibt, wenn gebaut wird, auch Proteste. Die Nachbarschaft organisiert sich, auch bei Verdichtung. Auch wenn es nachhaltiger wäre zu verdichten, aufzustocken, gibt es hier Proteste. Ich hätte mir in der Vergangenheit gewünscht, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, damit auch die Städtischen für das Geschützte Marktsegment weitere Wohnungen bereitstellen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Anzahl zu verdoppeln auf 2 500. Es gibt auch eine Vereinbarung im Bündnis für Ausbildung. Da gibt es noch Potenzial, was die Privaten angeht. In diesem Bereich sind nach der aktuellen Statistik lediglich 200 bis 300 Wohnungen, soweit ich mich erinnere, für das Geschützte Marktsegment vorgesehen. Das reicht aus meiner Sicht nicht aus. Deshalb haben wir eine Studie in Auftrag gegeben, um zu schauen, warum das Geschützte Marktsegment so ist, wie es ist, und wie wir es verbessern können. Diese Studie prüfen wir gerade, und ein Ergebnis aus dieser Studie kann ich nennen: Es ist der Punkt, dass das Geschützte Marktsegment wohl noch nicht so bekannt sei, aber für Private sehr attraktiv ist, was die Konditionen angeht, und das werden wir uns noch mal genauer anschauen. Auf jeden Fall möchte ich Ihnen hier noch mal deutlich machen, was wir machen. Es ist ja nicht so, dass wir gar nichts machen, sondern wir machen auch etwas, und einiges ist noch im Prozess.

Zur Forderung von Frau Schultz, eine queere Ansprechperson zu haben, sowohl im LAF, aber auch in den Fachstellen für Soziale Wohnhilfen: Dafür sind die Bezirke zuständig, aber jeder Bezirk sollte einen Queerbeauftragten haben. Leider ist es so, dass nur vier Bezirke einen Queerbeauftragten haben. Das würde dort Abhilfe schaffen. Im LAF, im Sozialdienst, gibt es eine queere Ansprechperson. Das wollte ich hier auch noch mal deutlich sagen.

Auf jeden Fall sind wir bei den Regelhilfen und den Angeboten dabei, die Regelhilfen zu sensibilisieren sowie den Aufbau einer LSBTIQ+-sensiblen und inklusiven Wohnungsnotfallhilfe zu gewährleisten. Das ist ein sehr komplexer Prozess. Der ist nicht so einfach, wie es hier dargestellt wird, man könnte sofort und ohne Kosten – – Das sehe ich ein bisschen anders. Es braucht Zeit, weil wir zum einen in Abstimmungen in meinem Haus sind. Das sind unterschiedliche Abteilungen. Es sind die Abteilung Soziales und die Abteilung Antidiskriminierung und Vielfalt. Hier leisten die Abteilungen eine hervorragende Zusammenarbeit. Die ist sehr wichtig, weil es Überschneidungen gibt. Dann müssen wir natürlich auch mit den Bezirken und anderen Senatsverwaltungen darüber sprechen, das muss ehrlicherweise auch mal so gesagt werden. Vor uns liegt also ein Weg, ein langer, ein mittlerer, auf dem wir weiterhin die Ergebnisse ausdifferenzieren und system- sowie verwaltungsspezifisch kommunizieren, übertragen müssen. Um diesen komplexen Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen wir Sie alle. Da sind wir alle gefordert. Das ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die wir gemeinsam anpacken müssen.

Wo stehen wir? Was tun wir jetzt schon? – Aktuell ist es so, dass wir die Studienergebnisse präsentiert haben und schauen, wie wir diese umsetzen können, wie der Prozess der Umsetzung sein kann. Zuallererst ist es so – die Begriffe sind hier auch gefallen –, dass die IGSV, aber auch der Aktionsplan, den wir letztes Jahr vorgestellt haben, diesen Weg bereits vorzeichnen und viele der Empfehlungen im neuen Handlungsfeld prekäre Lebenslagen bereits aufgegriffen worden sind. Wenn Sie sich den ersten Monitoringbericht zum Aktionsplan im letzten Jahr anschauen: Der zeigt, dass viele Maßnahmen bereits in Umsetzung sind. Das

heißt, wir sind mitten im Handeln, also wir tun etwas, meine Verwaltung tut etwas, und das ist auch gut.

Wir wollen – das wurde von Dr. Klaus Lederer angesprochen – die sogenannte GStU, die Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung – – Es war ja bisher so – das muss man sich mal überlegen, im 21. Jahrhundert –, dass die Sozialen Wohnhilfen händisch aufgeschrieben haben, wo es Unterbringungsmöglichkeiten gibt, wenn es der Fall war, herumtelefoniert wurde, wenn man jemanden erreicht hat bei diesen Personalressourcen, wie und wo ich diese Menschen auch in anderen Bezirken unterbringen kann. Das kann man sich gar nicht vorstellen. Deshalb war es für uns zentral, dass wir diese Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung zentralisieren. Die Zuständigkeit bleibt bei den Bezirken, aber die Steuerung zentralisieren wir. Das wird beim LAF angesiedelt und digitalisiert werden. – Herr Dr. Lederer, Sie haben gesagt, ob da mal was rauskommt oder so. Wir haben das jetzt einmal angepackt und wollen das tun, weil wir uns erhoffen, dadurch Menschen schneller helfen zu können, und auf diesem Weg sind wir. Wir wollen auf diesem Weg auch die Qualitätsstandards verbessern. Es ist unerträglich, dass sich private Wohnungseigentümer in diesem Bereich dumm und dämlich verdienen. Da wollen wir vertragsabhängige, qualitätsgesicherte Unterkunftsmöglichkeiten auch gesamtstädtisch steuern.

Dann wollen wir die Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe erneuern. Wir hatten letztes Jahr eine Strategiekonferenz zur Wohnungslosigkeit in Berlin. Auch das soll dort einfließen. Das ist ein zentraler Schritt, um die Punkte, die hier angesprochen wurden, genau dort in diese Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe einzubringen, weil sie dann dafür sorgen, dass die Handlungsbedarfe erkannt und Maßnahmen auch umgesetzt werden und nicht immer nur darüber gesprochen wird.

Welche Angebote haben wir bereits? – Darüber bin ich sehr glücklich und sehr zufrieden und möchte mich bei den Trägern bedanken, die sich hier sehr stark engagieren, um den Menschen zu helfen. Wenn wir uns mal die Berliner Landschaft anschauen: Ich freue mich, dass gesagt wurde – Herr Blum und Herr Reuyß haben das gesagt –, dass wir in Berlin sehr weit sind. Wenn man sich Flächenländer anschaut, ist die Situation dort wirklich noch sehr schwierig. Wir wollen aber auf diesem Weg weiter vorangehen.

Es ist in Berlin viel passiert. Seit 2022 fördert die SenASGIVA, mein Haus, die bundesweit erste Fachberatungsstelle für LSBTIQ+-Personen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Das ist QUEERHOME* mit dem Träger Sonntags-Club e. V.; Frau Schultz hat hier berichtet. Seit dem Projektstart konnte das Projekt fortlaufend ausgebaut werden und stellt aus unserer Sicht eine wichtige Säule in der Sensibilisierung der Fachlandschaft und der Angebotsstrukturen dar. Darüber hinaus gibt es den Runden Tisch prekäre Lebenslagen von LSBTIQ-Personen, der seit Herbst letzten Jahres von meiner Verwaltung ausgerichtet wird und jährlich stattfinden soll, so, wie es in der IGSV verankert ist.

Im System der Wohnungsnotfallhilfe gibt es mittlerweile spezifische Angebote, neben einigen trans- und queeroffenen niedrigschwelligen Angeboten, die ich nennen möchte. Das ist zum Beispiel das Projekt Neustart beim Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg, das personenbezogene Hilfen nach § 67 SGB XII, die sich ausschließlich an LSBTIQ+-Personen richten – – Außerdem gibt es zwei ordnungsrechtliche Unterbringungsmöglichkeiten für queere Personen nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz, die von allen Bezirken

belegt werden können. Das ist die Casa Libre der Home & Care GmbH im Bezirk Lichtenberg. Das ist ein Leuchtturmprojekt, von dem wir für zukünftige Angebote viel lernen können. Und seit dem 1. Juni 2023 fördert meine Senatsverwaltung das Housing-First-Projekt, das hier vertreten ist, bei der Schwulenberatung in Berlin. Mittlerweile konnten bereits 19 Wohnungen an queere obdach- und wohnungslose Menschen mit einer Wohnstabilität von 100 Prozent vermittelt werden. Das ist im Vergleich eine sehr erfolgreiche Quote. Darüber hinaus konnten wir letztes Jahr die 24/7-Unterkunft für wohnungslose Frauen, die von der FSD-Stiftung geführt wird, fortführen. Dieses Angebot richtet sich auch explizit an trans Frauen. Diese Unterkunft gibt es seit dem Jahr 2020.

Weiterhin ist es unser Anliegen, diese Personengruppe als Querschnittsthema in den verschiedenen Prozessen in meinem Haus mitzudenken. So besteht – auch das wurde genannt – das Gremium Rat Obdachlosenhilfe seit 2024, bei mir im Haus angesiedelt, wo sich regelmäßig über eine koordinierte Umsetzung der Maßnahmen für Wohnungs- und Obdachlose ausgetauscht wird und dabei auch LSBTIQ+-Personen als Querschnittsthema berücksichtigt werden. Auch der Arbeitskreis Queer Wohnen, der aus dem Projekt QUEERHOME* beim Träger Sonntags-Club e. V. hervorgegangen ist, ist seit Kurzem Mitglied. Das hatte Frau Schultz auch genannt.

Insofern ist es unser Ziel, diese Anliegen, die Maßnahmen, die Empfehlungen, die wir auch aus dieser Studie haben, in unser Konzept zur Überwindung von Wohnungslosigkeit mit einzubringen. Dafür sind wir auf jede Unterstützung angewiesen, und ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bedanken. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Senatorin, für diese umfangreichen Informationen! – Ich habe jetzt folgende Situation: Ich habe zwei Wortmeldungen, die schon vorher waren, aber ich würde vorschlagen, dass wir erst die Anzuhörenden drannehmen und Sie dann noch mal in der zweiten Runde. – Gut! Wie möchten Sie starten? – Frau Schultz beginnt.

Kathrin Schultz (QUEERHOME*): Vielen Dank für die Ausführungen! – Ich wundere mich immer, damit möchte ich anfangen: Schon bei der letzten Anhörung, bei der ich dabei sein durfte, wurde die queere Ansprechperson beim LAF genannt. Ich weiß nicht, wer das sein soll. Ich habe es nicht rausgefunden. Diese Person existiert meines Wissens nicht. Deswegen sagen wir das immer wieder, und wirklich dringend noch mal der Appell, da etwas zu machen. Trotzdem ist es tatsächlich so, dass vieles schon im Fluss ist, zum Beispiel was die Beschwerdestellen von Unterkünften betrifft. Ich war gestern bei einer Sitzung der Senatsverwaltung. Da wird hoffentlich ein bisschen was für Wohnungslose allgemein passieren. Die Frage kam, glaube ich, von den Grünen. Hier soll es auch Gespräche mit der BuBS geben. Da wird QUEERHOME* federführend mit dabei sein. Also da habe ich schon Hoffnung, dass sich etwas ändern wird.

Ich habe auch insgesamt Hoffnung, dass die GStU Besserung bringen wird. Wir haben trotzdem aktuell die Situation einer Lücke. Das heißt, die BTU-Liste, auf der früher Unterkünfte aufgelistet wurden, existiert für die Bezirksämter nicht mehr, und die GStU gibt es noch nicht. Das heißt, die Sozialen Wohnhilfen rufen mich an und fragen: Wo sind denn jetzt die queersensiblen ASOG-Plätze? – Ich weiß, wo die sind, auch wenn sie offiziell nirgendwo auftauchen, aber das kann so nicht bleiben. Die Lösung wäre nach wie vor eine direkte An-

sprechperson bei der Sozialen Wohnhilfe, in welcher Form auch immer, verpflichtend durch die Senatsverwaltung, denn manche Bezirksämter arbeiten sehr gut mit uns zusammen – die Frage kam ja auch –, andere gar nicht. Das ist der Kurzstand, den ich Ihnen sagen kann. Es gibt Bezirksämter, die laufende Maßnahmen nach § 67 SGB XII, zum Beispiel im Weglaufhaus, mit der Begründung einstellen, das sei zu teuer. Das heißt, Menschen, die im Weglaufhaus sind, werden auf die Straße gesetzt, übrigens auch Jugendliche. Das geht so nicht. Meine Hoffnung ist wirklich, so, wie auch die Studie es sich wünscht, nicht nur kurzfristig für die Lücke Ansprechpersonen in den Sozialen Wohnhilfen zu haben, sondern langfristig. Das würde unsere Arbeit als QUEERHOME* wesentlich erleichtern und wäre eine schnelle Lösung.

HVD Neustart wurde genannt. Das ist leider kein Träger für Hilfen nach § 67 SGB XII nur für Queers. Ich habe dort selber gearbeitet und den Schwerpunkt mitentwickelt. Dort können insgesamt 60 Personen betreut werden. Davon sind ganz viele queere Personen, vielleicht 20, aber es ist eben nicht nur queer. Das ist mal etwas Erfreuliches: Wir stehen als QUEERHOME* mit 40 Trägern nach § 67 SGB XII in Berlin in Verbindung, und hier zeigt sich der niedrigschwellige Ansatz, der möglich ist, denn fast alle Träger nach § 67 SGB XII wollen in Richtung queer arbeiten, und das wird auch kommen. Trotzdem haben wir vorhin gehört, dass die Hilfen nach § 67 SGB XII von den Wohnhilfen nicht mehr bewilligt werden, obwohl es ein Gesetz gibt, das sagt, dass das Merkmal queer dazu führt, dass mindestens ein Anspruch besteht. Ich kann mich bei manchen Bezirksämtern aber nirgendwo beschweren, weil ich nicht weiß, wo, weil es keine Ansprechperson gibt.

Wenn gefragt wird, woher die Anfragen bei QUEERHOME* kommen, kann ich sagen, mittlerweile sehr viele über Kooperationspartnerinnen und –partner, auch über die kooperierenden Wohnhilfen, aber ganz viel über das Internet, und es gibt auch ganz viele Anfragen aus ganz Deutschland. Auch das wurde heute schon öfter gesagt: QUEERHOME* ist ein Pilotprojekt, das gibt es so nicht in Deutschland. Es gibt aber in Deutschland zu wenige Angebote. Deswegen arbeiten wir mit mindestens 5 bis 10 Prozent Personen, die gar nicht in Berlin gemeldet sind oder aus anderen Ländern kommen. Auch das machen wir irgendwie nebenbei, denn das ist offiziell gar keine Förderung. Das mache ich dann nach Feierabend, weil die LADS das zum großen Teil nicht finanzieren kann oder noch nicht finanziert.

Ich möchte trotzdem noch auf die Frage eingehen, was es am dringendsten braucht, das hatte ich nämlich in meiner Eingangsrede tatsächlich gar nicht gesagt. Das Dringendste ist aus unserer Sicht wirklich die queere Notunterkunft. Die muss kommen. Das ist nicht der Weisheit letzter Schluss, QUEERHOME* sagt das immer wieder. Wir halten ASOG-Unterkünfte und auch Notunterkünfte für diskussionswürdig, aber wir brauchen, auch bei den Kältegraden gerade draußen, diese Notunterkunft. Ich habe das auch schon öfter gesagt: Es gibt einen Träger, der Interesse daran hat. Der wurde vorhin schon genannt. Ich sage ihn jetzt nicht noch mal, oder doch, ich sage es – – Nein, es ist abgesprochen. Okay, Moment! Also Home & Care Berlin GmbH hat als erstes Unternehmen eine queersensible ASOG-Einrichtung in Lichtenberg gemacht. Leider geht dieser Träger aus Lichtenberg raus. Das hat bürokratische Hintergründe und auch den, dass der Bezirk Lichtenberg leider nicht hinterher war, diesen Standort zu halten. Ich glaube, es hat wieder viel damit zu tun, dass ASOG eigentlich berlinübergreifend ist und die Bezirke da auch ein bisschen alleingelassen werden. Ich will also gar nicht das Bezirksamt Lichtenberg zu stark kritisieren. Die Idee ist, dass diese Unterkunft jetzt wahrscheinlich in Schöneberg kommen soll, das kann ich heute schon sagen, wahrscheinlich

ab März, April. Da müssen aber noch ganz viele Begleitgespräche geführt werden, und ich bitte alle Anwesenden, Home & Care Berlin GmbH dahingehend zu unterstützen, dass das wirklich kommt. Gleichzeitig bitten wir, auch Trans*Sexworks zu unterstützen, diese Tagesstätte, die durch Zufall ziemlich in der Nähe sein wird, denn wir brauchen nicht nur eine queere Notunterkunft, sondern eine Kombination aus 24/7, Tagesstättenangeboten, ASOG und so weiter. Ich glaube, hier wird ein Pilotprojekt entstehen, aber es braucht auch Hintergrundunterstützung für Home & Care Berlin GmbH, die mit super viel Engagement an der Stelle reingehen und das auch weiterhin tun.

Vielleicht noch abschließend, weil auch gefragt wurde, was wir eigentlich machen, um Wohnungslose bei der Wohnungssuche zu unterstützen: Ja, ich habe es vorhin schon gesagt, Housing First ist richtig toll, auch, dass 20 Personen eine Wohnung gefunden haben. Trotzdem noch mal: Wir hatten als QUEERHOME* letztes Jahr 700 Erstanfragen von Personen, die keine Wohnung hatten, und die Kapazitäten von Housing First sind erreicht. QUEERHOME* macht deswegen jetzt ein Ehrenamtsprojekt, um die Lücke zu schließen. Wir werden Leute schulen, das ist mit der LADS abgesprochen, die auch Begleitung zu Ämtern machen und so weiter. Das ist aber ein Nottropfen. Das machen wir, weil wir keine andere Lösung haben. Wir erwarten oder wünschen uns davon aber natürlich ein bisschen eine Verbesserung der Lage. Ich kann es immer nur wieder sagen: Ich glaube, allein die Ansprechpersonen an den bestimmten Stellen und in den bestimmten Häusern würden für uns für QUEERHOME* schon so viel lösen, ohne dass es teures Geld kostet, denn wenn die da sind, dann haben wir relativ schnell Lösungen, und deswegen dringen wir immer so darauf, egal ob queer, geflüchtet oder ohne Fluchthintergrund.

Was es definitiv braucht, auch das wurde vorhin gesagt: ASOG-Anfragen werden nicht gezählt, egal ob queer oder nicht. Wenn du zur Sozialen Wohnhilfe in die Sprechstunde gehst, wird nur ein Strich gemacht, dass jemand die Sprechstunde besucht hat. Es wird kein Strich gemacht – datenschutzkonform –, ob die Person einen ASOG-Platz bekommen hat. Es wird auch überhaupt kein Strich gemacht, ob eine Nachfrage nach einem queerspezifischen Angebot vorlag. QUEERHOME* wird diese Datenerhebung für uns selber ab diesem Jahr einführen. Das haben wir letztes Jahr leider nicht so ausführlich gemacht, aber das braucht es. Das würde etwas abbilden, und es würde klarmachen, wie viele Leute wirklich täglich in den Sozialen Wohnhilfen abgewiesen werden. Mit denen, mit denen wir gut kooperieren, finden wir häufig Lösungen, manchmal aber auch nicht. Auch hier braucht es schnelle, unbürokratische Lösungen, wie ihr das auch in der Studie habt. Als Beispiel: Wir haben einen Klienten gehabt, der hat zwei Wochen nichts gefunden. Irgendwann hat er dann einen Platz gehabt, und QUEERHOME* hat über Spendenmittel Hostelkosten übernommen, damit die Person nicht auf der Parkbank übernachtet. Das geht so nicht. Hätte die Soziale Wohnhilfe mit uns gut zusammengearbeitet, hätte das vielleicht sogar vermieden werden können. Auch das ist einfach ein Thema des Sprechens.

Deswegen möchte ich abschließend sagen: Ich glaube auch, dass schon viel geschafft ist, ich bin ein positiv denkender Mensch. Ich mache das auch schon seit sechs Jahren in dem Bereich. Es verändert sich einiges schrittweise. Am meisten verändert sich aber, wenn wir miteinander sprechen. Wir von QUEERHOME* sind total dafür, Sie können uns immer ansprechen, wir brauchen aber auch die ganzen Beratungsstrukturen. Deswegen ist meine Bitte, wenn es irgendwie geht, dass diese Bildungsprojekte nicht baden gehen und dass auch die queere Jugendhilfe nicht baden geht. Wir brauchen dieses Safer Spaces in dieser Stadt. Es ist eine Regenbogenhauptstadt, und da müssen alle mithelfen. Es geht aktuell leider nicht mehr um Aufwuchs, sondern um Verteidigung, und dann in zehn, fünf Jahren hoffentlich wieder um Aufwuchs. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihr Statement und die Antworten! – Dann möchte jetzt wer weitermachen? – Frau Sanogo!

Anjes Sanogo (Housing First Queer): Zur Wohnraumakquise kann ich noch ein paar Worte sagen. Es wurde gefragt: Wo kommen die Wohnungen her? – Wir haben tatsächlich die meisten Wohnungen aus der privaten Wohnungswirtschaft, von den allseits bekannten großen Wohnungsunternehmen; die wollen immer alle nicht beim Namen genannt werden. Daher haben wir die meisten Wohnungen. Ich habe das auch nicht so erwartet, aber es scheint so zu sein, dass das es auch für private Wohnungsunternehmen attraktiv ist, dass, wenn man Menschen mit sozialen Schwierigkeiten eine Wohnung gibt, dann noch ein Betreuungsangebot dahinter steht, das sich darum kümmert, dass die Wohnung auch erhalten bleibt und dass es eben nicht zu Wohnungskündigungen kommen muss. Das scheint für die doch eine Attraktivität zu haben.

Wir haben auch ein paar Kooperationsvereinbarung, um genau zu sein zwei, in dem Housing-First-Verbund, also mit den anderen fünf Projekten zusammen, mit zwei Landeswohnungsbaugesellschaften, die auch nicht genannt werden wollen. Da bekommen wir aber relativ wenige Wohnungen. Ich kann hier nur so schlaglichtartig sagen, was wir gerade erleben, vor allen Dingen mit der einen recht großen Wohnungsbaugesellschaft. Die haben eben ihre internen Prozesse, wie sie die Wohnungen vergeben, um das möglichst gerecht zu machen. Dafür haben sie eine sehr starke Automatisierung des Bewerbungsprozesses installiert, und die macht es schwer, Klientinnen oder Anfragen von Housing-First-Projekten gesondert zu berücksichtigen. Das scheint sich gerade ein bisschen als Problem zu zeigen, und da müssen die auch ein bisschen gucken, wie sie sich da intern aufstellen, was diese bürokratische Frage angeht. Also schlussendlich ist es ein bürokratisches Thema. – Das zum Thema Wohnungen.

Ich wollte gerne noch etwas dazu sagen, was Herausforderungen sind und was wir gerade dringend brauchen. Da wäre einmal das Thema der Regelfinanzierung. Es wird ja jetzt viel diskutiert, dass Housing First in die Regelfinanzierung kommen soll, und da geht es vor allen Dingen darum, das in die Leistungen nach § 67 SGB XII reinzubringen als einen Leistungstyp, oder wie auch immer man das dann nennt. Dabei ist es für uns sehr wichtig, dass es aber ermöglicht wird, im Rahmen dieser Regelfinanzierung und dieses Leistungstyps das Konzept Housing First zu erhalten, und da gibt es einige Stolpersteine; einmal das Thema Housing First so lange, wie die Personen das brauchen. Ich glaube, über eine Hilfe zu reden, die von einer Behörde genehmigt wird, die drei, vier oder fünf Jahre läuft, wird sicherlich schwierig. Dafür muss man eine Lösung finden.

Das andere Thema, das ich sehr stark sehe, ist das Thema Hilfeplanung. In diesem rechtsbasierten Hilfesystem wie dem nach § 67 SGB XII wird, wahrscheinlich auch mit Recht, eine Hilfeplanung von den Behörden eingefordert, damit die Finanzierung laufen kann. Housing First hat den Ansatz, eine sehr personenzentrierte Hilfeplanung zu machen, und häufig muss man die Leute auch erst ein bisschen an so eine strukturierte Herangehensweise an Problemlösungen heranführen. Das heißt, wir können niemals mit einem fertigen Hilfeplan in so eine Hilfe einsteigen, ohne das Konzept Housing First zu sprengen. Das sind Diskussionen, die wir jetzt führen müssen, mal ein bisschen holzschnittartig. Wir denken aber, dass es das wert ist, auch im Sinne von Wohnungslosigkeit beenden 2030 oder Wohnungslosigkeit überwinden bis 2030, denn wir erreichen eine Zielgruppe sowohl bei Housing First Queer als auch übergreifend bei den Housing-First-Projekten, die sich in einer verfestigten Lebenslage Wohnungslosigkeit befinden und einfach sehr viel Unterstützung brauchen, um da rauszukommen. Da muss man sich, glaube ich, entscheiden, ob man diese Personengruppe auch erreichen möchte, wenn man sagt, Wohnungslosigkeit überwinden bis 2030. Dann muss man sich auch darüber im Klaren sein, dass das ein bisschen was kostet, denn das sind natürlich sehr individuelle Hilfsmaßnahmen, und die kosten eben einfach, weil die zum Teil sehr personalintensiv sind. Das muss man hier auch mal ganz klar ansprechen.

Das letzte Thema, zu dem ich noch etwas anmerken wollte, ist das Thema Statistik, weil immer alle sagen, wir haben so wenige Zahlen. Dazu kann ich hier mal etwas einbringen, was aus meiner Sicht nicht so sehr kompliziert wäre. Es gibt eine sehr ausgefeilte Statistik für die integrierten Sozialprogramme, die niedrigschwellige Angebote machen für Menschen, die wohnungslos sind; Straßensozialarbeit, Kältehilfe und so weiter. In dieser Statistik wird alles Mögliche erfasst, auch Leistungen, die die Träger erbringen, aber eben auch die Personendaten von Klientinnen, die betreut werden. Und in dieser Statistik ist es leider nicht möglich, irgendwie zu erfassen, dass Menschen queer sind. Ich spreche mich schon seit Beginn unseres Projekts dafür aus, dass das doch ganz schlau wäre. Man kann eine große Lösung machen, wo man sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität sehr ausgefuchst erfasst. Man könnte sich aber als niedrigschwellig und einfaches Ding darauf einigen: Wir machen einfach ein kleines Kästchen, das heißt „queer“, und wenn man von der Person weiß, dass sie queer ist, macht man da einfach ein Kreuz hin. Dann hätte man mal eine Übersicht, in welchen Projekten wie viele Menschen auftauchen, von denen wir wissen, dass sie queer sind. Dann hätte man schon mal einen kleinen Eindruck, über welche Zahlen von Personen wir da reden. Das ist natürlich nicht sozialwissenschaftlich sophisticated, aber man hätte mal einen Eindruck. Dass das passiert, dafür spreche ich mich, wie gesagt, seit Juni 2023 aus, und das passiert eben nicht, weil irgendwas kompliziert ist. Ich kann es nicht genau einschätzen. Wahrscheinlich ist es auch ein Problem von Geld, dass man in dieser Statistik etwas ändert. Ich habe keine Ahnung, aber das wollte ich hier einfach mal dazu sagen. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Dann habe ich jetzt insgesamt drei Wortmeldungen und würde dann gerne die Redeliste schließen. Herr Kurt, Herr Dr. Lederer und Frau Niemczyk hatten sich noch gemeldet; in der Reihenfolge und mit der Bitte um Kürze. – Sie haben das Wort.

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank! Ich habe mich noch mal gemeldet wegen der Ausführungen der Frau Senatorin. – Frau Senatorin! Sie haben uns jetzt die Sachen vorgelesen, die Ihnen Ihre Verwaltung aufgeschrieben hat, wo wir jetzt einen schönen Ist-Stand bekommen. Ich meine, lesen können wir alle. Den kennen wir wahrscheinlich auch in Vorbereitung dieses

Ausschusses, aber die Frage war ja sehr konkret: Was kommt neu? – Das Thema 24/7-Unterkunft ist jetzt nicht beantwortet. Es gibt die eine; es gab mal zwei. Wir hatten die Diskussion auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Dort ging es um eine Unterkunft für Obdachlose im Rollstuhl. Wir hören jetzt, es gibt den Bedarf auch für queere Obdachlose. Sie haben gesagt, dass es zwei ASOG-Unterkünfte gibt. Wie hoch ist der Bedarf? Sie haben nichts dazu gesagt, was mit den Hilfen nach § 67 SGB XII ist, und Sie haben auch nicht gesagt, wie die Gespräche laufen oder wo Ihr Haus bei der Überarbeitung des Geschützten Marktsegments steht. Wir müssen also am Ende des Tages den Kuchen vergrößern, um mehr Wohnungen für spezielle Zielgruppen bereitstellen zu können. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie darauf noch kurz eingehen könnten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Dr. Lederer, bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank! – Auch von meiner Seite eher Richtung Senat: Ich unterstelle nur Gutes. Und wenn Sie sagen, Frau Senatorin, wir müssen gemeinsame Herausforderungen gemeinsam anpacken, bin ich sofort dabei, bitte aber zu berücksichtigen, dass die Positionen, in denen wir jeweils anzupacken haben, natürlich unterschiedliche sind. Ich kann nicht tun, was eine Senatorin kann, deswegen muss ich an dieser Stelle einfach mal ein paar Punkte kurz ansprechen. Der eine ist: Das Geschützte Marktsegment auszuweiten, war bei den Koalitionsverhandlungen vor drei Jahren dem erbitterten Widerstand einer Partei, der Sie angehören, zum Opfer gefallen, um es nur mal anzumerken, die Vorschläge zur Ausweitung öffentlichen Bauens gleichermaßen. Dass die Queerbeauftragten in den Bezirken, insbesondere, was die Ansprechbarkeit angeht, jetzt so eine Art eierlegende Wollmilchsau sein sollen, kann ich mir nicht recht vorstellen. Die sollen sich um die bezirklichen Angelegenheiten kümmern, aber außerhalb des Systems. Die sollen nicht in die Wohnungsnothilfe eingreifen. Dazu braucht es Leute innerhalb des Systems. Vielleicht ist es ein Punkt, zu überlegen, wenn man die Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung aufstellt, diese Dinge gleich von Anfang an mitzudenken. Wenn man ohnehin an dem Ding dran ist, vielleicht kann man diese ganzen Vorschläge von Anfang an mit in das Ganze implementieren, sonst kleckert man wieder hinterher und muss das System in einem, zwei oder drei Jahren wieder komplett umbauen.

Zum Thema Housing First habe ich auch gehört, dass Private da sehr viel offener sind. Ich finde, das muss mit den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften verhandelt werden. Das geht nicht. Dass sich die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften in diesem vulnerablen Bereich einen schlanken Fuß machen, ist für mich inakzeptabel. Da will ich noch mal meine Frage stellen, was jetzt mit der Gewobag ist. Im Gewerbemietbereich ist es ja auch nicht anders. Was ist mit der Gewobag und der Kurfürstenstraße?

Queerbeauftragte sind nicht die Lösung aller Probleme, und man sieht das ja: Während hier Runde Tische zu queerer Sicherheit tagen, kann die Polizei offenbar nicht mal rechtzeitig die Anzeigen des Hoven aufnehmen, geschweige denn irgendwie darauf reagieren. Da klaffen zwischen Symbolpolitik und Realität einfach Welten. Ich will, dass wir für den Bereich der Wohnungslosenhilfe im queeren Feld diese klaffende Schere zwischen Ansprüchen und Erwartungen ein bisschen verkleinern, und da hätte ich die Bitte, dass die Verwaltung eine Prioritätenliste anlegt, was die wichtigsten Sachen sind, die der Reihe nach abgearbeitet werden müssen, die Datengrundlagen verbessert werden, damit wir wissen, worüber wir reden, und uns auch gesagt wird, was geplant ist, in welchem Zeitraum zu absolvieren. Dann, glaube ich,

kommen wir wirklich weiter. Da bekommen Sie meine ganze Unterstützung, aber wir müssen uns nicht auf solchen Nebenkriegsschauplätzen aufhalten, wer in der Vergangenheit was angeblich wo nicht – – Das bringt uns nicht weiter. Davon haben wir nichts. Wir würden das gegebenenfalls auch mit Fragen nachhalten.

Zum LAF: Da wäre ich wirklich neugierig. Ich würde mich mit der Person gerne treffen. Bitte sagen Sie uns, wer das ist, damit wir einen Termin ausmachen können. Andere haben diesen Bedarf offenbar auch.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sie wollte es gleich sagen, aber ich wollte erst mal Ihre Rederunde abarbeiten. Dann wird sie das in der Antwortrunde sagen. Noch einen Moment Geduld, bitte! – Frau Niemczyk hat jetzt noch das Wort.

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich werde mich wirklich kurzfassen. – Vielen Dank an Sie, liebe Anzuhörende, für Ihre Expertise! – Ich wollte nur zu der wirklich spannenden und sehr informativen Runde noch ergänzen: Vor zwei Jahren war ich ein Teil des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten. Ich habe nämlich den Sozialdienst am Standort KBoN, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, im Ankunftszentrum geleitet, und zwei Monate war ich HUB-Leiterin in Tegel. Ich muss ehrlich sagen, da würden wir den Kolleginnen und Kollegen im gesamten LAF wirklich Unrecht tun. Ich weiß, mit welcher Präzision und auch wir im Sozialdienst; ich sage „wir“ in der Vergangenheit vor zwei Jahren – – Wir haben Fragebögen, insbesondere angepasst für vulnerablen Gruppen, entwickelt. Die Zusammenarbeit mit Info- und Beratungsstellen war schon damals sehr breit gegeben, auch Hinweise, Plakate, Broschüren. Das haben wir wirklich alles sehr gut vorbereitet. Auch Warteräume waren für die Gruppen gegeben, wenn sich jemand in einem anderen Raum aufhalten wollte, damit es nicht zu Übergriffen kommen würde, was tatsächlich – – Ich bin sehr oft dazwischen gegangen, damit ich den jungen Menschen Schutz geben konnte. Damit es dazu nicht kommt, haben wir diese Möglichkeit auch im Ankunftszentrum gegeben.

Die Vermittlung an die Unterkünfte erfolgte zu meiner Zeit persönlich, wo wir zum Telefon gegriffen und die Unterkünfte selbst vermittelt haben, damit sich die vulnerablen Flüchtlinge wirklich gut geschützt und nach ihren Gegebenheiten gut untergebracht fühlen. – Das ist nur ein kurzes Statement meiner Erfahrung aus der Praxis. Insgesamt 25 Jahre habe ich in diesem Bereich gearbeitet, und da, denke ich, bin ich ziemlich glaubwürdig in meinem ganz kurzen Bericht. Dort arbeiten wirklich Menschen, die Menschen sehr zugewandt sind. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! Dann habe ich jetzt die Rednerinnen- und Rednerliste abgearbeitet, und die Senatorin hat noch mal das Wort.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich wollte noch ergänzen, weil hier die Frage aufkam, was die neuen Sachen sind, die wir gemacht haben: Das ist klar und eindeutig die Studie. Ich hatte ja gesagt, es gab bisher keine Datengrundlage. Jetzt gibt es diese Datengrundlage, und wir werden das gemeinsam im Querschnitt meiner beiden Abteilungen, die die Zuständigkeit dafür haben – die Abteilung Soziales, die gerade die Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe aktualisieren, novellieren will –, mit einbringen. All das, was hier angesprochen wurde, wird dort gerade diskutiert, auch die Hilfen nach § 67 SGB XII, wie wir das mit Housing First in die Regelstruktur bringen können. Das ist kein einfaches Unterfan-

gen, aber all das wird dort diskutiert. Es wäre wirklich ungerecht gegenüber meinen Mitarbeitenden, zu sagen, wir würden gar nichts machen oder was jetzt das Neue ist und so weiter. Im Gegenteil, da passiert einiges, und da bitte ich noch um etwas Geduld.

Frau Schultz, Sie sind ja auch im Rat Obdachlosenhilfe. Auch der bringt sich dort ein. Wir wollen mit den neuen Leitlinien diese Anliegen mit berücksichtigen.

Herr Dr. Lederer, ich meinte nicht, dass der Queerbeauftragte in den vier Bezirken, in denen es überhaupt einen gibt, alles übernehmen soll, aber es kann auch nicht sein, dass es einen Queerbeauftragten des Bezirks gibt, dann noch einen Querbeauftragten des Bezirks in der Fachstelle Soziale Wohnhilfen und dann womöglich noch in allen anderen Fachstellen. – [Dr. Klaus Lederer (LINKE): Die können ja alle zu mir kommen!] – Darum geht es ja nicht. Es geht mir nur darum: Weil dieses Thema ein Querschnittsthema ist, müsste das nach meinem Verständnis auch in den einzelnen Fachstellen angesprochen werden. Aber, wie gesagt, wir sind auch im Austausch mit den Bezirken und sind gerade dabei, die Leitlinien, die wir haben, zu aktualisieren und die Erkenntnisse aus den Studien, die wir haben, aber auch die Erkenntnisse der Expertinnen und Experten dort mit einfließen zu lassen.

Frau Niemczyk hatte es angesprochen; es gibt den Sozialdienst. Ich werde hier öffentlich keinen Namen nennen, aber Sie können sich gerne beim Sozialdienst das LAF melden. Dort erreichen Sie die Ansprechpartnerin für queersensible, queerinklusive Themen und Unterbringungsmöglichkeiten. Den Namen kann ich bilateral nennen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! – Dann, denke ich, sind wir an einen Punkt dieser Anhörung gekommen, an dem wir Tagesordnungspunkt 3 a, b und c vertagen, wenn Sie denn möchten, dass wir auf das Wortprotokoll warten. Dann können wir es danach noch auswerten. – Dann verfahren wir so.

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich, liebe Anzuhörende, dass Sie bei uns waren, so geduldig mit uns waren und viele Antworten, Statements und auch Wünsche geliefert haben! Ich wünsche Ihnen im Namen unserer Kollegen hier alles Gute, viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und vielen Dank für das Engagement für die Stadt Berlin und für die Betroffenen! Danke schön! Wenn Sie mögen, können Sie der Sitzung weiter folgen, wir haben noch zwei Anträge, aber Sie können auch anderen Dingen nachgehen. Viel Erfolg dabei!

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung Drucksache 19/1543 **Bekämpfung von Rassismus im Land Berlin stärken!**	0126 IntGleich Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1295 **Schulordnungen diskriminierungskritisch und LADG-konform ausgestalten!**	0112 IntGleich BildJugFam(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Überlastung der LADG Ombudsstelle** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0133 IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.